

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich begrüße Sie herzlich zu unserer heutigen Sitzung und eröffne diese. Ich stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde, daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist und daß als Protokollprüfer die Gemeinderäte Walter Strobl u. Engelbert Lengauer gemeldet wurden. Nehmen die beiden Herren diese Funktion an? Ja - danke sehr. Entschuldigt haben sich Herr Stadtrat Dkfm. Zagler, Frau Gemeinderätin Jeloucan und Frau Gemeinderätin Fuchs; Herr Gemeinderat Oberreiter wird erst um 16 Uhr eintreffen können. Herr Stadtrat Holub hat ebenfalls mitgeteilt, daß er erst um 16.30 Uhr eintreffen wird.

Zu Tagesordnungspunkt Nr. 2) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN" darf ich mitteilen, daß mit Schreiben vom 4. September 1995 die Gemeinderäte Günter Fürweger und Hans Payrleithner folgende Anfrage an mich gerichtet haben:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

gemäß § 12 Abs. 2 des Stadtstatutes der Stadt Steyr richten wir folgende schriftliche Anfrage an Sie:

In der 21. ordentlichen Gemeinderats-Sitzung am 16. 12. 1993 wurde der Abschluß eines Pachtvertrages über den Schloßparkpavillon beschlossen. Der Pachtzins wurde mit S 2.500,- jährlich bis zum Juli 1997 festgelegt. Im Amtsbericht vom 30. 11. 1993 wird für die Neuverpachtung als Grund angeführt, daß sich die alten Pächter verschiedenster Unterpachtverhältnisse bedient haben. Der geringe Pachtzins von S 2.500,- jährlich stand durch diese Unterpachtverhältnisse in keiner Relation zu den Einnahmen der Stadt. Herr Stadtrat Tatzreiter erklärte in der Gemeinderats-Sitzung vom 16. 12. 1993 als zuständiger Referent: 'Ich glaube auch, daß es richtig ist, wenn sich in solchen Angelegenheiten künftig das Kontrollamt und der Ausschuß dafür interessieren müssen, daß diese Verträge eingehalten werden. Ich meine nur, daß wir vor 1997 rechtzeitig neue Pächter suchen müssen, wenn es notwendig ist. Man weiß ja noch nicht, wie sich der jetzige Pächter geben wird bzw. wie sich das ganze auswirkt.'

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in einem Zeitungsartikel der Oö. Nachrichten vom 8. August 1995 wird berichtet, daß die Stadt Steyr dem Schloßparkpavillon-Pächter, Herrn Ali Walicord, die Bewilligung erteilt habe, einen Teil des Pavillons an einen Disco-Betreiber weiterzuverpachten.

Wir stellen daher folgende Fragen:

1. Wann haben Sie erstmals von der im Widerspruch zum Pachtvertrag stehenden Unterverpachtung Kenntnis erhalten?
2. Warum haben Sie, nachdem Sie im Alleingang Herrn Ali Walicord die Unterverpachtung genehmigten, nicht, wie im Statut der Stadt Steyr laut § 49 Abs. 7 vorgesehen ist, Ihre Entscheidung unverzüglich dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt?
3. Wurden an Sie schon Angebote für einen Ankauf oder eine Neuverpachtung des Schloßparkpavillons gerichtet?

Wir ersuchen Sie, diese Anfrage bei der nächsten Gemeinderats-Sitzung zu beantworten."

Zu dieser Anfrage der Gemeinderäte Günter Fürweger und Hans Payrleithner kann ich wie folgt Stellung nehmen:

Zur Frage 1:

"Wann haben Sie erstmals von der im Widerspruch zum Pachtvertrag stehenden Unterverpachtung Kenntnis erhalten?"

Die Unterverpachtung der Discothek im so genannten Schloßparkpavillon an Herrn Martin Sohrabi, 1120 Wien, Längenfelsgasse 2/6, widerspricht nicht dem Pachtvertrag, den die Stadt mit der Walicord GesmbH abgeschlossen hat. In diesem Vertrag ist festgehalten, daß eine Unterverpachtung nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Stadt erfolgen darf. Die Walicord GesmbH hat daher anlässlich einer persönlichen Vorsprache um Zustimmung zur Unterverpachtung der Discothek an Herrn Sohrabi ersucht. Die Genehmigung wurde mit Schreiben vom 24. 5. 1995 erteilt; sowohl die Walicord GesmbH als auch der Unterpächter, Herr Sohrabi, haben dieses Schreiben gegengefertigt.

Zur Frage 2:

"Warum haben Sie, nachdem Sie im Alleingang Herrn Ali Walicord die Unterverpachtung genehmigten, nicht, wie im Statut der Stadt Steyr laut § 49 Abs. 7 vorgesehen ist, Ihre Entscheidung unverzüglich dem Stadtsenat und dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt?"

Hiezu ist festzuhalten, daß die Genehmigung zur Unterverpachtung nicht im Wege einer Bürgermeisterverfügung erfolgt ist, die gemäß § 49 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 tatsächlich unverzüglich dem Stadtsenat und eventuell auch dem Gemeinderat zur nachträglichen Genehmigung hätte vorgelegt werden müssen. Für eine Bürgermeisterverfügung wäre auch keine Notwendigkeit bestanden, da üblicherweise die Einholung einer Genehmigung zur Unterverpachtung nicht ein dringendes Rechtsgeschäft ist, sondern ohne weiteres in der nächsten Sitzung des Stadtsenates zur Beschlußfassung hätte vorgelegt werden können.

Die Genehmigung erfolgte vielmehr gemäß § 51 Abs. 3 Ziffer 1 lit. a des Statutes für die Stadt Steyr 1992, da die Genehmigung zur Weitergabe von städtischem Eigentum, sofern damit nicht der Abschluß eines neuen Miet- oder Pachtvertrages verbunden ist, als unmittelbare Verwaltung des Vermögens der Stadt Steyr anzusehen ist. Für eine derartige Entscheidung ist daher die Zuständigkeit des Magistrates und nicht des Stadtsenates oder Gemeinderates gegeben.

Zur Frage 3:

"Wurden an Sie schon Angebote für einen Ankauf od. eine Neuverpachtung des Schloßparkpavillons gerichtet?"

Die Franz Anzenberger-GastronomiebetriebsgesmbH, die das Gastlokal im Schloß Lamberg führt, hat sich mit Schreiben vom 5. 6. 1995 an die Stadt um Anpachtung oder Ankauf des Schloßparkpavillons und des daran angrenzenden Minigolfplatzes gewandt, ohne ein konkretes Angebot hierfür vorgelegt zu haben. Mündlich hat auch ein gewisser Herr Pirner, der das "Cafe Werndl" im Haus Zwischenbrücken 4 führt, sein Interesse an der Anpachtung oder am Ankauf des Pavillons bekundet.

Aus Sicht der Stadt besteht derzeit keine Möglichkeit, mit den Bewerbern Gespräche über Anpachtung oder Verkauf zu führen, da mit der Walicord GesmbH ein aufrechter Pachtvertrag vorliegt. Voraussetzung zur Neuvergabe des Lokals wäre daher, daß entweder die Walicord GesmbH den bestehenden Vertrag kündigt oder die Stadt die gerichtliche Kündigung einbringt, wozu jedoch nach Auffassung der Fachabteilung f. Privatrechtsangelegenheiten derzeit kein ausreichender Grund vorliegt, um einen derartigen Prozeß aus der Sicht der Stadt positiv abschließen zu können.

Kommen wir nun zu Punkt Nr. 3) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS". Hier darf ich mitteilen, daß ein **Schreiben von Hrn. Landesrat Josef Ackerl** eingelangt ist. Und zwar in Vollziehung des Beschlusses des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 6. Juli d. J. bin ich an Herrn Landesrat Josef Ackerl herangetreten, eine Finanzierungsvereinbarung mit dem Land OÖ über den Einsatz von Streetworkern im Stadtgebiet abzuschließen.

Landesrat Josef Ackerl teilte mir hiezu im Schreiben vom 31. 7. 1995 mit, daß er gerne bereit sei, im Rahmen seiner Möglichkeiten dazu beizutragen, daß in Steyr Streetworker zum Einsatz kommen können. Die Erfahrungen aus den Projekten des Landes zeigen - so Ackerl -, daß mit der sozialpädagogischen Methode "Streetwork" Entwicklungen in der Jugendszene, wie sie für den Bereich Steyr beschrieben worden sind, wirksam entgegengetreten werden kann. Weiters teilte Landesrat Ackerl mit, daß es ihm aufgrund der gegebenen Kompetenzlage nicht möglich sei, konkrete Zusagen zu machen. Er werde aber unser Ansuchen mit Nachdruck in die laufenden Verhandlungen mit Koll. Landesrat Hiesl und Landeshauptmann-Stv. Dr. Leitl einbringen.

Aufsichtsbeschwerde der F-Gemeinderatsfraktion zur Aufkündigung von Pachtverträgen. Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil hat zum wiederholten Male die Rechtsansicht des Magistrates der Stadt Steyr einer Überprüfung zugeführt. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur an die Überprüfung der Zuständigkeit für den Abschluß eines Vertrages mit der Fa. Werbering und die Genehmigung von Schanigärten im Stadtgebiet erinnern. In beiden Überprüfungsfällen wurde die Rechtsansicht des Magistrates durch die Aufsichtsbehörde beim Amt der Oö. Landesregierung bestätigt. Auch seine gerichtlichen Anzeigen, so z. B. über die "Nase an der Resthofstraße", brachten keinen Erfolg und wurden eingestellt. Nunmehr hat sich die Aufsichtsbehörde mit dem Antrag der F-Gemeinderatsfraktion vom 20. 2. 1995 auseinandergesetzt, nach dem der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 9. 3. 1995 aufgerufen war, "die Kündigung der Pachtverträge über die landwirtschaftlich genutzten Flächen des Stadtgutes zu beschließen".

Die Aufsichtsbehörde führte dazu aus, daß bei Pachtverträgen mit einem Gesamtjahreseinkommen von S 180.304,91 excl. USt der Kompetenztatbestand des § 47 Abs. 3 Zif. 13 des Statutes der Stadt Steyr erfüllt ist und somit die gesetzlich vorgesehene Zuständigkeit des Stadtsenates vorliegt.

Die F-Fraktion vertrat in ihrer Aufsichtsbeschwerde die Meinung, daß es dem Gemeinderat jederzeit möglich sein müsse, durch entsprechende Mehrheitsbeschlüsse eine Kompetenz an sich zu ziehen, zu der nach dem Statut ein anderes Organ zuständig wäre. Dieser Auffassung haben sich in der Gemeinderats-Sitzung auch Stadtrat Karl Holub und Gemeinderat Dr. Tilman Schwager angeschlossen. Dazu wurde festgestellt, daß für die Institution "Gemeinde" schon von Verfassungen wegen das Prinzip der Arbeitsteilung vorgesehen ist, wobei die näheren Regelungen im Statut für die Stadt Steyr festgelegt sind. In diesem sind jedem der 5 Organe konkret bezeichnete Kompetenzen bzw. Aufgaben zugeteilt.

Die Aufsichtsbehörde führt weiters aus, daß die Gemeinde gem. Art. 118 Abs. 4 B-VG die Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches im Rahmen der Gesetze und Verordnungen des Bundes und des Landes in eigener Verantwortung zu besorgen hat. Abs. 4 stellt damit eindeutig klar, daß auch im eigenen Wirkungsbereich, d. h. auch für den Gemeinderat, das Legalitätsprinzip uneingeschränkt gilt. Die Gemeindeorgane sind bei ihren Handlungen ebenso an die Rechtsvorschriften gebunden, wie auch die Bürger an sie gebunden sind.

Da durch die in Beschwerde gezogene Vorgangsweise des Bürgermeisters der Stadt Steyr weder Gesetze noch Verordnungen verletzt wurden, findet die Aufsichtsbehörde keine Veranlassung, in dieser Angelegenheit aufsichtsbehördliche Maßnahmen zu ergreifen.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage. Die Gesamtsumme der arbeitslos vorgemerkten Personen im Juli 1995 verringerte sich in der Gegenüberstellung mit dem Vergleichsmonat Juli 1994 von 3.346

auf 2.840 Personen. Dies bedeutet eine Verringerung um 15,1 %. Die Arbeitslosenquote betrug somit im Juli 6,8 %. Mitverantwortlich für diese Entwicklung sind die Schulungsmaßnahmen durch das Arbeitsmarktservice Steyr. So befinden sich derzeit insgesamt 481 Personen in vom Arbeitsmarktservice Steyr geförderten Schulungsmaßnahmen und können hoffentlich nach Abschluß auf die derzeit 205 gemeldeten offenen Stellen weiter vermittelt werden.

Unter Punkt Nr. 4) "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES" ersuche ich Sie, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Es gibt nun ein paar Änderungen der Tagesordnung, die erfolgen sollen. Ich darf daher an die werten Mitglieder des Gemeinderates folgendes herantragen:

Der Stadtsenat hat in seiner Sitzung vom 13. Juli 1995 dem Abschluß eines Vertrages mit dem Österr. Wachdienst zur Fortführung der Überwachung der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Gebiet der Stadt Steyr zugestimmt und diesem Antrag gem. § 57 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr die Dringlichkeit zuerkannt und damit für den Gemeinderat entschieden. Gem. § 22 des Statutes für die Stadt Steyr ist jeder gültige Beschluß des Gemeinderates (in diesem Falle des Stadtsenates namens des Gemeinderates) vom Bürgermeister zu vollziehen. Wenn ich jedoch der Auffassung bin, daß ein derartiger Beschluß bestehende Gesetze oder Verordnungen verletzt oder der Stadt wesentlichen Schaden zufügt, so bin ich gem. § 22 Abs. 2 verpflichtet, mit der Vollziehung eines solchen Beschlusses inne zu halten und binnen 6 Wochen unter Bekanntgabe der Gründe die Angelegenheit dem Gemeinderat zur Behandlung und Beschlußfassung vorzulegen.

Meine Bedenken gründeten sich darauf, daß bis zum heutigen Tag nicht klar ist, wie die künftige Regelung für die gebührenpflichtigen Kurzparkzonen in der Mittagszeit endgültig aussehen wird. Daher stelle ich gem. § 8 Abs. 2 lit. j in Verbindung mit § 19 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen. Hiefür ist allerdings eine Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten notwendig.

Soweit einmal der erste Punkt. Ich möchte hier noch erläuternd hinzufügen, daß wir in der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz einvernehmlich beschlossen haben, über Lösungsmöglichkeiten zu diesem Thema in der nächsten Verkehrsausschuß-Sitzung zu beraten und hier eine endgültige Lösung zu finden. Erst dann, glaube ich, kann ein Vertrag abgeschlossen werden, der dieser dann beschlossenen Regelung Rechnung trägt. Ansonsten müßte auch in einer neuerlichen Sitzung eine Novellierung dieses Vertrages erfolgen. Ich ersuche daher, diesem Antrag zuzustimmen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, sind Sie geneigt, diesem Antrag zuzustimmen, um hier in den richtigen Schritten vorzugehen?

Gelächter

ZWISCHENRUF

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Wortmeldung sei erlaubt, nachdem schon in der Beantwortung einer Anfrage bzw. einer Rechtsauskunft und Beschwerde an das Land einiges mehr gesagt worden ist, als in dieser Beantwortung notwendig gewesen wäre. Es wurde - weil ja doch ein paar Pressevertreter anwesend sind - ein bißchen ausgeholt, was der Dr. Pfeil oder die F-Fraktion nur überhaupt angefragt haben beim Land und wo sie überall nicht recht bekommen haben. Ich bin der Meinung, es ist trotzdem Sache des Gemeinderates, daß er etwas bestimmen kann. Das ist meine Ansicht, daß er über dem Stadtsenat steht. Das ist halt so!

Aber nun zum gegenständlichen Antrag, weil es schon so erscheint, als wenn insbesondere der Verkehrsreferent hier untätig gewesen wäre oder als wenn er auf eine Verordnung vergessen hätte - so wie es im Rathaus-Pressedienst auch mitgeteilt worden ist. Dem ist ja nicht so! Ich darf erinnern: Es war eine Verkehrsausschuß - Sitzung am 4. Mai, wo auf Anregung des Vereines "Altstadt Steyr" ein Antrag bestand, in der Mittagszeit die Gebührenpflicht auszusetzen; gleichzeitig hat aber dieser Antrag beinhaltet, nicht nur auf dem Stadtplatz diese Regelung einzuführen, sondern auch in den anderen Stadtgebieten (Steyrdorf, rund um "Schwechater" bzw. "Minichmayr" etc.), daß auch andere Gebiete in den Genuß dieser Aussetzung kommen.

Auf Antrag der SP-Fraktion wurde dann dieser Tagesordnungspunkt verschoben, mit der Ankündigung, daß bis zur nächsten Verkehrsausschuß - Sitzung, die mit 22. Juni datiert war, ausreichende Entscheidungsgrundlagen von Seiten der SP-Fraktion vorbereitet werden. Die Mehrheit - die Sozialisten haben ja im Verkehrsausschuß die Mehrheit, sie können damit alles bestimmen - hat entschieden, daß dieser Tagesordnungspunkt vertagt wird. So ist es!

Am 22. Juni

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, aber man kann mit dieser Patt-Stellung ganz schön etwas machen!

Am 22. Juni waren von diesen Mitgliedern der SP-Fraktion leider nur die Hälfte anwesend, und die haben sich **mit keinem Wort** zu diesem Tagesordnungspunkt gemeldet bzw. haben sie keine konstruktiven Vorschläge für das Parken in der Mittagszeit gebracht.

Jetzt hat es dann einen Mehrheitsbeschluß gegeben, daß die Gebührenpflicht auf dem Stadtplatz und in den anderen Gebieten in der Mittagszeit zwischen 12 und 13.30 Uhr ausgesetzt wird. Die Neuverhandlungen bezüglich des Vertrages mit dem Österr. Wachdienst wurden dementspr. gestaltet. Mitte Juli wurde mir von der Beamtenseite mitgeteilt, daß zusätzlich ca. 100.000 Schilling zwecks Umstellung der Automaten notwendig sind. Das war für mich auch neu - das muß ich zugeben -, denn es wurde uns immer versichert, daß wir die modernsten Automaten haben, wo man nur an ein paar "Hebelchen" drehen muß, daß sie alles können und daß sie für jede Umstellungsart geeignet wären. Bei der ersten Umstellung haben wir schon Kosten, wo ein Automat ca. 4.000 Schilling verursacht.

Daraufhin - Sie kennen die Vorgeschichte jetzt aus der Presse - gab es diverse Artikel, wo ich dann nicht einverstanden war mit der Schuldzuweisung, daß ich auf die Verordnung vergessen hätte. Ich

habe an dem Tag, wo alles geklärt war, die Verordnung unterschrieben. So ist es! Dann kam eine Fraktionsobmänner-Konferenz; in der Zwischenzeit hat Hr. Bürgermeister eine Weisung an den Wachdienst erteilt, daß in der Mittagszeit nicht mehr kontrolliert werden sollte. Ich bin nicht sehr glücklich oder überhaupt nicht glücklich mit dieser Lösung, denn man zeugt natürlich so schon eine deutliche Rechtsunsicherheit am Stadtplatz und auch in den anderen Gebieten. Daraufhin hat sich eben die Fraktionsobmänner-Konferenz damit beschäftigt und beschlossen, daß wir nächste Woche - am Donnerstag - dieses Kapitel "Gebührenpflicht in der Mittagszeit" neu besprechen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Beispiel dafür, wie eine mangelnde Zusammenarbeit in der Stadt Steyr auf Kosten der Bürger ausgetragen wird! Wir machen uns lächerlich vor den Bürgern - der eine sagt das, der andere sagt das; der hat vergessen, der hat nicht verordnet. So wird auf dem Rücken der Bürger eine politische Diskussion ausgetragen, die sicherlich nicht gut ist!

Im Verkehrsausschuß nächste Woche wird das Problem sehr intensiv und ernst noch einmal zur Erörterung kommen. Aber ich sage jetzt schon, daß wir eine klare, für den Bürger verständliche Lösung finden müssen und daß wir nicht nach dem Motto "heute so, morgen so und gestern war es ganz anders" eine Lösung finden sollten.

Ansonsten habe ich noch eines zu berichten: Laut Rechtsauskunft von Hrn. Dr. Schmoll (von heute Mittag) meint er, daß dieser Antrag ohne weiteres - so oder so - auf alle Fälle beschlossen werden kann. Es hat keine Auswirkung auf die Gebührenpflicht in der Mittagszeit.

Also meines Erachtens könnten wir es ruhig beschließen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht kann ich dazu auch noch kurz Stellung nehmen. Das Problem ist aus meiner Sicht so gelaufen, daß der Verkehrsausschuß eine Beschlußfassung vorgenommen hat, daß aber die Verordnung jedenfalls am 1. August noch nicht erfolgt ist. Spätestens am Mittwoch, glaube ich - oder wann haben Sie diese Verordnung unterschrieben?

In den Zeitungen ist allerdings schon verbreitet worden, und gesprächsweise hat sich herumgeredet, daß ab 1. August voraussichtlich nichts zu bezahlen sein wird in der Mittagspause. Nachdem keine Verordnung erlassen wurde und keine Aufträge an den Wachdienst ergangen sind, haben sie natürl. am 1. August kontrolliert und auch gestraft. Das hat zu Unmutsäußerungen der Bevölkerung geführt. Ich war zu dieser Zeit noch im Urlaub; ich bin vom Urlaub zurückgekommen und habe mir gedacht, man kann das nicht so stehen lassen. Zum einen wird in den Medien signalisiert, daß es mittags ein Gratisparken gibt, zum anderen sind

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war im Amtsblatt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist auch in den Zeitungen gestanden!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Im Amtsblatt, Hr. Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

.... zum anderen sind die Verordnungen nicht erfolgt und nicht kundgemacht worden. Auch die Automaten waren nicht umgestellt. Es war also notwendig, hier einzugreifen. Ich habe dann sofort mit Ihnen geredet, Hr. Dr. Pfeil, und Sie über meine Entschlüsse informiert. Wir sind übereingekommen, daß es eine Fraktionsvorsitzenden-Besprechung geben wird, um das Problem noch einmal zu erörtern. Das ist auch geschehen, also wird sich der nächste Verkehrsausschuß noch einmal mit dieser Materie beschäftigen.

Es gibt ja verschiedene Betrachtungsweisen - ich persönlich habe nie ein Hehl daraus gemacht, daß ich diesen Beschluß für nicht zielführend erachte. Und zwar aus mehreren Gründen: Erstens einmal verliert die Stadt etwa 1,5 bis 1,6 Mill. S - die Wirtschaftlichkeitsrechnung, die wir aufgemacht haben bei der Bestellung und beim Kauf dieser Automaten, geht also nicht auf. Zweitens ist dieser Schritt in Wirklichkeit eine Teilauflösung in allen verggebühten Parkplatz-Zonen von Steyr. Wir lösen also die an sich in der Öffentlichkeit akzeptierte Bewirtschaftung der Parkplätze teilweise wieder auf. Diese Maßnahme führt dazu, daß natürlich private Errichter und Betreiber einer zentrumsnahen Parkgarage - die bräuchten wir dringend, können sie jedoch selbst nicht finanzieren - von einem solchen Beschluß sehr verunsichert werden und auch signalisiert haben, daß sie dann ihre Bestrebungen wahrscheinlich nicht fortsetzen werden, diesem Projekt näherzutreten.

Ich möchte doch auch daran erinnern, daß jede Umfrage bisher das Ergebnis gebracht hat, daß man eigentlich einen autofreien Stadtplatz haben möchte - auch in die Richtung ist dieser Schritt ein falscher. Daher war ich der Meinung, man könnte auch mit einem Kompromiß dem Wunsch der Wirte und der Autofahrer, die zu Mittag am Stadtplatz essen wollen, entgegenkommen, wenn man eben nur in der Mittagszeit, gegen Verggebühtung allerdings, eineinhalb Stunden Parkzeit zuließe. Ohne hier die anderwärtige Geschäftswelt, die auf das Laufgeschäft orientiert ist, oder jene Autofahrer, die Amtsgeschäfte erledigen wollen, also nur kurze Besuche am Stadtplatz machen, zu beeinträchtigen. Dieser Vorschlag wurde nicht akzeptiert; der andere wurde beschlossen, aber nicht verordnet.

Es wurde nicht bedacht, daß das Umstellen der Automaten 100.000 S kostet; und ein weiteres Umstellen, das man dann auch in Aussicht stellt, wenn man will, daß die Parkgarage-Errichter und -Betreiber doch weiter machen sollen, würde ja weitere Umstellungskosten verursachen.

Ich bin daher der Meinung, daß dieses Problem noch einmal konstruktiv beraten werden sollte und versucht werden muß, hier eine gewisse Modifizierung vorzunehmen. Soweit ich jedenfalls informiert bin - ich habe den Vertrag jetzt nicht im Kopf -, steht in diesem Vertrag drinnen, daß die Wachdienstleute in der Mittagszeit nicht im Einsatz sind. Das würde natürlich bedeuten, daß eine andere Regelung - wenn sie am Donnerstag im Verkehrsausschuß getroffen wird - eine Modifizierung dieses Vertrages und damit eine neuerliche Behandlung im Gemeinderat notwendig erscheinen läßt. Mir ist es lieber - deshalb habe ich diesen Antrag gestellt -, den Tagesordnungspunkt noch einmal zurückzustellen und darauf zu warten, was der Verkehrsausschuß letzten Endes beschließt. Dann soll der Vertrag auf die neue Situation modifiziert und im nächsten Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Aus diesem Grund meine Bitte, dem Antrag Ihre Zustimmung zu erteilen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt? Hr. GR Gollatsch bitte.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Im Gegensatz zum Hrn. Bürgermeister habe ich den Amtsbericht vor mir liegen, und hier steht es ganz genau drinnen: "Eine Verlängerung des Vertrages ... Die entgegen dem bisherigen Vertrag abzuändernden Vertragspunkte werden nachstehend dargestellt". Hier steht noch einmal: "Aufgrund der Verringerung der täglichen Überwachungszeit der gebührenpflichtigen Kurzparkzonen im Ausmaß von eineinhalb Stunden während der Mittagszeit wurde vom Wachdienst eine Reduzierung ... usw. ... angeboten."

Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir das heute beschließen sollten - oder wir wissen heute schon, daß am 21. der alte Beschluß bleibt! Daher können wir heute über das nicht verhandeln, und somit ist es für mich auch nicht auf die Tagesordnung abzusetzen.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das war jetzt militärisch: **Nicht auf die Tagesordnung absetzen!**

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut, ich interpretiere die Wortmeldung des Hrn. GR Gollatsch so, daß er meint, man müßte das abwarten.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen die Absetzung? 5 Gegenstimmen (4 FP, 1 VP). Wer übt Stimmenthaltung? 4 Enthaltungen (FP). Wer die Absetzung dieses Antrages und die Wiedervorlage im nächsten GR wünscht, den bitte ich, hiezu ein positives Zeichen zu geben. Danke sehr. Die erforderliche 2/3-Mehrheit ist gegeben, damit ist dieser Antrag von der Tagesordnung der heutigen GR-Sitzung abzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat ersuchen mehrere Mitglieder der SP-, VP- und GAL-Fraktion des Steyrer Gemeinderates, einen Antrag auf Ankauf der ehemaligen Fabriks- und Lagerhalle Reithoffer nachträglich in die Tagesordnung aufzunehmen. Sie ersuchen, diesen Antrag einer geschäftsordnungsmäßigen Behandlung sowie Beschlußfassung zuzuführen.

Die Dringlichkeit dieses Antrages begründen sie damit, daß das vorliegende Anbot der Steyr-Daimler-Puch AG mit 30. 9. 1995 befristet ist. Außerdem ist das Projekt "Förderung Industriemuseum zur Landesausstellung 1998" ebenfalls bis Ende September beim Land OÖ einzubringen, und eine Grundlage ist natürlich die Möglichkeit, ein entsprechendes Haus bzw. Objekt dafür zu haben.

Gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat bringe ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, diesen Dringlichkeitsantrag zunächst in der vorliegenden Fassung noch einmal zur Kenntnis. Der Antrag lautet:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister"

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr ersuchen die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr, beiliegenden Antrag auf Ankauf der ehemaligen Fabriks- und Lagerhalle Reithofferwerk, EZ 20, KG Sarning, von der Steyr-Daimler-Puch AG nachträglich auf die Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates am 14. 9. 1995 aufzunehmen und einer geschäftsmäßigen Behandlung sowie Beschlußfassung zuzuführen. Die Dringlichkeit ist gegeben, da das vorliegende Anbot der Steyr-Daimler-Puch AG mit 30. 9. 1995 befristet ist.

Mit dem höflichen Ersuchen um Weiterleitung verbleiben mit vorzüglicher Hochachtung ..."

Dieser Antrag ist ausreichend unterstützt. Ich darf fragen, wer hiezu das Wort wünscht - auch hier hat jeweils ein Redner jeder Fraktion eine Wortmeldung als Möglichkeit.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bürgermeister, zur Geschäftsordnung! Ich **verlange** eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten. Ich finde, es ist eine ausgesprochene Zumutung, ein 10 Mill. S-Projekt mit einem Dringlichkeitsantrag hier in den GR hineinzubringen, wobei wir schon

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ohne darüber zu reden! Ich stelle auch fest: das ist ein Skandal!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

..... wobei wir schon seit dem Frühjahr wissen, daß wir es kaufen wollen. Sie wissen die Termine, es geht lediglich um die Widmung. Selbstverständlich sind wir auch in Richtung "Eisenstraße - Landesausstellung" unbedingt dafür, daß dieses Objekt gekauft wird - aber mit einem Nutzungskonzept! Daß das mit einem Dringlichkeitsantrag unter Ausschluß der Freiheitlichen Fraktion verhandelt wird, finde ich skandalös!

Ich ersuche um eine Sitzungsunterbrechung von 10 Minuten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sonst gehen wir gleich!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bin natürlich durchaus bereit, Anträge auf Sitzungsunterbrechung positiv entgegenzunehmen. Ich möchte nur eines dazu sagen: Niemand in diesem Hause soll so tun, als würde er heute das erste Mal vom Ankauf des Reithoffer-Hauses hören! Ich möchte

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Das ist Ihr persönlicher Wunsch!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Moment, Herr Kollege! Hören Sie zunächst zu, und treffen Sie dann Ihre Entscheidungen, wenn Sie auch die Betrachtungen von mir miteinbezogen haben!

Wir haben in der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz eine Einstimmigkeit erzielt, daß wir dieses Haus kaufen. Die Verhandlungen werden über 2 Jahre hinweg geführt. Es ist sowohl der Kaufpreis als auch

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Nur von Ihnen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... als auch das Zahlensprozedere natürlich genau bekannt. Nunmehr ergibt sich die Situation - nachdem ja die Option bis Ende September reicht -, und ich habe immer gesagt, wir wollen das in der ersten Sitzung im Herbst beschließen!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum ist es dann nicht auf der Tagesordnung?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Weil es aufgrund der Überlegungen bei der SDP AG und nach den Beratungen zwischen den Juristen der SDP AG und denen des Hauses zu einigen Ungereimtheiten gekommen ist, die ausgeräumt wurden; weil der SDP-Vorstand letzten Endes entscheidet und weil

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Hr. Bürgermeister, Sie hätten es auf die Tagesordnung nehmen können - wenn es dann noch nicht ausverhandelt gewesen wäre, hätten wir es absetzen können!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... und weil dort auch noch der Aufsichtsrat befaßt werden muß. Es tut mir ja herzlich leid!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was hat Sie gehindert, daß Sie mit uns reden?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben ja jederzeit Gelegenheit! Meine Herrschaften, jetzt geht es darum, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen! Der Antrag geht ja in die Richtung, daß wir das am Ende der GR-Sitzung debattieren und erörtern und dann einer Beschlußfassung zuführen. Jetzt geht es jedenfalls darum, die Dringlichkeit einzuräumen oder nicht einzuräumen. So ist es in der Geschäftsordnung vorgesehen.

Ich kann Ihnen ja nur empfehlen, die Dringlichkeit zu erkennen, wenn die Landesregierung

Förderungen davon abhängig macht, daß die Projekte rechtzeitig eingereicht werden, und wenn hier eine Option bis Ende September in diesem Verkaufsangebot beinhaltet ist. Hätte ich das dem GR nicht rechtzeitig vorgelegt, würden Sie mir umgekehrt den Vorwurf machen, ich hätte mich eines Versäumnisses schuldig gemacht. So liegen die Dinge auf dem Tisch, und ich würde

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Soll ich anrufen, ob sie die Frist noch verlängern?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... und ich würde um Mäßigung bitten!

Wir haben schon einmal im Kreis der Fraktionsvorsitzenden beschlossen, daß wir das Haus kaufen. Jetzt geht es darum, daß das heute debattiert werden soll. Ich unterbreche die Sitzung für 10 Minuten - dann werden wir die Sitzung wieder aufnehmen und über diesen Antrag debattieren bzw. über die Dringlichkeit abstimmen.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 14.48 BIS 15.08 UHR.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wer wünscht zunächst das Wort? Hr. Koll. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag möchte ich wie folgt Stellung nehmen. Wir waren es, die in einer Fraktionsvorsitzenden-Besprechung gefordert haben, daß die Verhandlungen mit der SDP AG wieder ins Rollen kommen. Dr. Pfeil und ich haben verlangt, bei den Gesprächen mit den Vertretern der Steyr-Werke dabei zu sein. Es sieht vielleicht heute durch den Dringlichkeitsantrag so aus, als ob es nur die Bemühungen des Bürgermeisters oder der SPÖ gewesen wären - dem ist nicht so.

Wir haben dann mit Dr. Koch gemeinsam verhandelt und damals vorgeschlagen, den Preis mit 10 Millionen maximal zu begrenzen. 3 Jahresraten hätte Dr. Koch vorgeschlagen. Ich habe dann den Vorschlag gemacht auf 5 - das wurde aber abgelehnt. Er hat gesagt, das kann er nicht vertreten, nur 4. Daß man das "Zuckerl" dann dem Bürgermeister überlassen hat und er trotzdem diese 5 Jahresraten erreicht hat, kann ich auch irgendwo verstehen.

Ich glaube nur, daß das Bemühen um das Reithoffer-Areal wirklich von uns allen getragen wurde. Nun ist es so weit - es liegt eine Option hier -, und ich glaube, wir sollten auf jeden Fall diesem Antrag die Zustimmung geben und das Grundstück kaufen.

Im Detail - wenn noch weitere Diskussionen kommen - würde ich aber meinen, für die Nutzung des Reithoffer-Geländes oder -Areal wäre für uns sicherlich Voraussetzung, ein Nutzungskonzept zu erstellen. Mehr möchte ich jetzt dazu nicht sagen. Wir werden auf jeden Fall dem Dringlichkeitsantrag zustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. Dr. Schwager bitte - als Zweitredner.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Erstredner!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es gibt normal nur einen Redner, aber

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Das vorhin war zur Geschäftsordnung, jetzt geht es um die Frage der Dringlichkeit!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... aber ich bin sowieso der Meinung, daß Du reden solltest!

Gelächter

GEMEINDERATDR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Das freut mich, daß Hr. Bürgermeister schon von vornherein weiß, daß ich recht haben werde - das wird aber ein Abstimmungsverhalten geben, das vielleicht dann diese einhellige Freude etwas trüben wird.

Noch einmal - wir reden jetzt nur zur Frage der Dringlichkeit. Es ist keine Frage - um das vorzustellen -, daß es sicher Zweckwidmungen gibt und geben kann, für die wir das Objekt - das vielleicht sogar auch um 10 Millionen nicht einmal so teuer ist - erwerben sollten. Doch bevor wir nicht ein Nutzungskonzept haben, können wir diesem Projekt und daher auch vorerst einmal der Dringlichkeit nicht zustimmen. Aus folgender, leidvoll erfahrenen Überlegung: Wir haben die Hauptreparatur-Werkstätte gekauft, ohne ein genaues Nutzungskonzept zu haben. Wir hatten damals eine Kostenschätzung, die total "daneben gegangen" ist und um ein X-faches überschritten wurde.

Wir haben hier einen Kaufpreis von 10 Mill. S, die - verständlicherweise, weil es eben damals noch nicht spruchreif war - im Budget nicht besichert sind. Aber wir müssen bitte auch davon ausgehen, daß wir sie noch nicht besichert haben. Wir wissen aber heute nicht, wohin dieser Kaufpreis ausufern kann, wenn wir nicht wissen, was wir mit dem Objekt konkret wirklich machen. Hier wird man sich zuerst einmal überlegen müssen: Wie wollen wir es nützen? Brauchen wir es? Zu welchem Zweck? Und was kostet uns welcher Zweck? Wenn wir diese Folgekosten wenigstens einmal in einer Größenordnung wissen, dann kann man darüber reden, ob wir es kaufen sollen oder nicht. Ich kann nicht einfach nur sagen, ich kaufe es um 10 Millionen - ich weiß jedoch nicht, ob es mich dann vielleicht 200 oder 300 Millionen oder 74 anstatt 7 Mill. S kostet.

So können wir uns hier nicht mit einer Dringlichkeit überfahren lassen. Wenn wir das Objekt benötigen, dann hätten wir uns auch konkret überlegen müssen, was wir mit diesen schönen, großen Flächen, die hier hereinstünden, anfangen wollen. Und dann hätten wir uns aber auch überlegen müssen: Was sind die Folgekosten?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR! Ich kann mich meinem Vorredner absolut nicht anschließen, weil wir ja schon seit Jahren versuchen, dieses Grundstück dort zu kaufen, und weil es seit Jahren auch schon Überlegungen gibt, was wir mit diesen Grundstücken anfangen müssen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Hr. Kollege, was soll da gemacht werden? Haben Sie Informationen?

BÜRGERMEISTERHERMANN LEITHENMAYR:

Bitte keine inhaltlichen Debatten zum Tagesordnungspunkt - jetzt geht es um die Dringlichkeit!

GEMEINDERATKURT APFELHALER:

Ich habe sicher meine Informationen, was damit gemacht werden soll. Aber wenn Sie von vornherein jetzt sagen, das kann man nicht kaufen, weil man nicht weiß, was man damit macht, muß ich dazu sagen, dann kann ich mir auch kein Fahrrad kaufen, weil ich nicht weiß, wo ich damit irgendwann einmal hinfahren werde!

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Meine Damen und Herren, wir wissen alle davon, daß der Kauf ansteht; wir wissen alle über den Preis Bescheid. Heute sollten wir einmal die Dringlichkeit dieses Antrages besprechen, und ich würde Sie sehr bitten - damit wir im Anschluß daran, vielleicht am Ende der GR-Sitzung, noch genauer darüber reden können -, der Dringlichkeit einmal stattzugeben. Damit wir überhaupt einmal anfangen, darüber reden zu können!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben aber nichts zur Dringlichkeit gesagt!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wenn ich sage, "wir versuchen seit Jahren ...", dann ist das sozusagen

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum **jetzt**? Warum ist es jetzt dringlich?

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Warum ist es nicht regulär auf der Tagesordnung? Warum hat man nichts gesagt?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte um Ruhe! Wird seitens der SPÖ-Fraktion noch das Wort gewünscht? Hr. Koll. Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Grundsätzlich zur Dringlichkeit: sie ist

eigentlich nur in den Terminen begründet und stellt sich erstens durch die Option von der SDP AG dar. Auf der zweiten Seite - was für mich eigentlich einen der wichtigsten Termine darstellt - ist die Förderung für das Industrieforum, das in den ersten Teil dieses Gebäudes hineinkommen soll. Ich glaube, wenn wir schon von der Nutzung reden, so ist das ein Nutzungsbereich, der durchaus gemeinsame Aktivitäten findet - aber dazu erst später.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Wir brauchen ein Raumkonzept!

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Grundsätzlich für die Dringlichkeit sind einfach die beiden Terminabläufe, die gegeben sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Alle Fraktionen haben dazu das Wort ergriffen - nun steht der Antrag zur Abstimmung, ob diesem Ankauf und einer Debatte darüber am Ende der Tagesordnung unserer heutigen GR-Sitzung die Dringlichkeit zuerkannt wird. Wer ist gegen diesen Antrag? 8 Gegenstimmen (FP). Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke (der Rest). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Nunmehr kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen - ich darf dazu den Vorsitz an Frau Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER BGM. HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Förderung und Verlängerung von Heimplätzen wurde im Jahr 1978 ein Vertrag mit der WIST Wien abgeschlossen. In meinem ersten Antrag geht es um eine solche Rate, und zwar um die neunte Subventionsrate. Es ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

1) Ha-7627/86 9. Subventionsrate aufgrund der Verlängerung des am 12. 1. '78 abgeschlossenen Vertrages über das Nominierungsrecht d. Heimplätze der WIST in Wien.

Der GR möge beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 5. 3. 1987 wurde dem Verein "Wirtschaftshilfe der Studenten OÖ" in Linz für das dauernde Einweisungsrecht auf 40 Heimplätze für Steyrer Studenten ein jährlicher Kostenbeitrag auf die Dauer von 10 Jahren zugesichert.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 17. Juli 1995 wird der Freigabe der für das Jahr 1995 erforderlichen Mittel im Ausmaß v. S 292.800,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß v. S 293.000,-- bei VASSt 1/2890/757000.5 freigegeben.

Ich ersuche Sie, die Debatte einzuleiten bzw. über den Antrag abzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. GR Spöck hat sich als erster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Der Andrang ist in Wien - wie man hört - besonders groß. Mich hätte interessiert, nach welchen genauen Kriterien die Heimplätze vergeben werden. Soweit ich weiß, erfolgt die Vergabe - wie man aus Zeitungsmeldungen gehört hat - nach sozialen Gesichtspunkten. Ich hätte jedoch gerne vom Hrn. Bürgermeister erfahren, ob es genaue Richtlinien gibt - ein Punktesystem, eine genaue, exakte Bewertung und wer diese Bewertung vornimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Hr. GR Philipps bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertees Präsidium! Jeder, der ein studierendes Kind hat, und jeder, der in den Genuß gekommen ist, ein Studium zu absolvieren, weiß, wie schwer es ist, hier Wohnungen zu bekommen bzw. die Möglichkeit einer Bleibe zu finden. Ich glaube, daß es ein geringfügiger Beitrag, aber ein äußerst notwendiger Beitrag der Stadt Steyr ist, hier die Möglichkeit beizubehalten, unseren Studenten von Steyr eine Einweisung in ein Heim zu ermöglichen.

Ich glaube auch, daß es wohl eindeutig ersichtlich ist - das sehen wir aus der täglichen Anwendung der Kriterien -, daß sozial Schwächere "zum Zug kommen". Im Sinne der Chancengleichheit, auch sozial Schwächeren ein Studium ermöglichen zu können, ist es meines Erachtens unbedingt erforderlich, wieder die Zustimmung zu diesem Antrag zu geben!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Nicht der Fall; dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Zur Anfrage des Koll. Spöck kann ich sagen, daß die Vergabe unserer Heimplätze **ausschließlich** nach sozialen Gesichtspunkten vorgenommen wird. D. h., daß das Familien-Einkommen zugrunde gelegt wird. Diejenigen, die das wenigste verdienen, sind die ersten auf der Liste. In dieser Reihenfolge wird die Reihung vorgenommen - im Rahmen der Plätze, die im betreffenden Jahr frei werden. So ist das geschehen, und wir können es natürlich jederzeit nachweisen und belegen.

Ich habe auch überhaupt nichts dagegen, das beispielsweise im Ausschuß für Schule und Sport zu berichten. Es ist ausschließlich nach diesen Gesichtspunkten geschehen - jedenfalls für diese Zeit, in der ich Schulreferent bin, kann ich das absolut sagen! Ich glaube, daß diese Vorgangsweise auch richtig ist!

ZWISCHENRUF:

Was ist mit dem Studienerfolg?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine gemeine Frage?

ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der Studienerfolg war gefragt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist auch eine Möglichkeit.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUF

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube, die Fragen wurden beantwortet - wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen?

Keine. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr für die Mitgliedschaft im FHS-Trägerverein OÖ für das Jahr 1995 und einem Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr für den FHS-Studiengang "Produktions- u. Managementtechnik", der heuer im Herbst - im Oktober - aufgenommen wird.

Wir haben oftmals darüber diskutiert; wir alle sind erfreut und stolz darauf, daß es gelungen ist, diesen Hochschul-Studiengang nach Steyr zu bringen.

Nunmehr folgt natürl. die Notwendigkeit, die erforderlichen Geldmittel der Stadt, die im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung festgelegt wurden und auch im Rahmen des Grundsatzbeschlusses unseres GR sind, freizugeben. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des StS an den GR:

2) Präs-711/91 Mitgliedsbeitrag d. Stadt Steyr f. d. Mitgliedschaft im FHS-Trägerverein OÖ. f. das Jahr 1995 u. Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr f. den FHS-Studiengang "Produktions- u. Managementtechnik".

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 24. August 1995 wird die Auszahlung des Mitgliedsbeitrages für das Jahr 1995 in Höhe von S 100.000,-- auf das Konto des Fachhochschul-Trägervereines genehmigt. Zu diesem Zweck werden die benötigten Mittel im Ausmaß von S 100.000,-- bei der VASSt 1/2890/ 757100.3 freigegeben.

Gleichzeitig wird der für die Finanzierung des Fachhochschul-Studienganges "Produktions- und Managementtechnik" erforderliche Beitrag der Stadt Steyr im Ausmaß von 1,5 Mill. S bewilligt. Zu diesem Zweck werden die erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 693.000,-- bei der VASSt 1/2890/757100.3 freigegeben u. bei derselben VASSt eine Kreditüberschreitung v. S 807.000,-- bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die vom GR der Stadt Steyr am 21. Dezember 1994 beschlossene Kreditsperre findet keine Anwendung.

Ich bitte, hierüber die Debatte aufzunehmen und die Abstimmung durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen des GR! Diesem Antrag werden wir sicher voll zustimmen - wenngleich er einen kleinen Wermutstropfen hat, der nicht so klein ist, nämlich das Wort "Kreditüberschreitung". In diesem Fall werden wir über unseren "eigenen

Schatten springen", was Kreditüberschreitungen anlangt. Denn meiner Überzeugung nach ist es ein wirklich großer Erfolg unserer Stadt, daß wir diesen FHS-Lehrgang bekommen haben.

Als Mitglied des Trägervereines OÖ haben wir eben auch gewisse Verpflichtungen zu erfüllen. Die FHS wird uns sicherlich noch - was man im Budget der nächsten Jahre wird berücksichtigen müssen - einiges an Begleitmaßnahmen kosten. Denn wir haben uns dazu entschlossen, daß als Standort der Wehrgraben - sprich FAZAT-Gebäude - gewählt und nach einer prov. Unterbringung dann auch bezogen werden soll. Wir wissen alle um die Infrastruktur im Wehrgraben, wir werden uns sehr wohl - hier komme ich jetzt auch in eine Art "ceterum censeo" hinein - überlegen müssen, eine wirklich zentrumsnahe Parkgarage ehestmöglich zu finanzieren, und zwar eine solche, die einen Ausgang in Richtung Übergang zum Steyrdorf hat. Sie werden sich denken, "der sagt immer wieder dasselbe" - das hat schon seinen Grund darin, als man ja immer wieder Präferenzen für andere Projekte hört, die alles andere als wirklich zentrumsnah sind. Wenn wir hier mit einer derartigen Garage "so viele Fliegen auf einen Schlag" treffen können, dann sollten wir uns das wirklich einmal konkret durch den Kopf gehen lassen - auch planungsmäßig.

Was die Parkgebühren anlangt, daß sich vielleicht irgendein Betreiber davor abschreckt, daß zufällig ein Beschluß existiert, der ohnehin wieder sistiert werden wird, daß mittags keine Parkgebühren eingehoben werden. Ich würde mich freuen, in der Situation zu sein, daß wir eine Parkgarage haben und **deswegen** den Beschluß aufheben müssen, daß mittags nicht gebührenfrei geparkt werden darf. Also das könnte ich mir vorstellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Liegt noch eine Wortmeldung vor? Hr. StR Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Ich glaube, wir alle dürfen uns glücklich schätzen, daß sich Steyr nun FHS-Stadt nennen darf! Es sind für das heurige Jahr rd. 48 Anmeldungen fix vorgegeben. Der FHS-Beirat hat aber die Möglichkeit eingeräumt, 10 % mehr aufzunehmen, sodaß zur Zeit noch 5 Plätze offen sind. Insgesamt haben sich 80 Interessierte angemeldet - das kommt allerdings daher, daß sich manche bei mehreren FHS anmelden und dann eben dort, wo sie leicht unterkommen, auch ihr Studium aufnehmen.

Interessant ist auch der Prozentsatz und der Teil, woher die einzelnen Studenten kommen: 25 % kommen aus dem dualen Ausbildungssystem, d. h., sie haben einen Beruf erlernt; 49 % aus HTL (Absolventen mit Praxis); 8 % aus HAK und anderen Berufsbildenden Höheren Schulen und rd. 10 % von der AHS.

Zur Zeit gibt es 8 Vortragende, von denen mehr als die Hälfte aus der Praxis kommen. Ausgewählt werden sie von einem pädagogischen Beirat, der einen 3er Vorschlag unterbreitet, und dann vom Vorstand des Trägervereines beschlossen und aufgenommen als Lehrer.

Die Investitionen, die für die FHS anfallen, sind ja sehr hoch. Sie wissen, daß wir an und für sich mittelfristig dafür 30 Millionen vorgesehen haben. Die Gesamtinvestitionen für den Bau werden rd. 55 Millionen betragen; 15 Millionen für die Ausstattung, die bis 1998 abgeschlossen sein soll. Die voraussichtlichen Betriebskosten sind auch bekannt: im heurigen Jahr wird man mit rd. 2 Mill. S rechnen; 1996 mit 6 Mill. S, 1997 mit 14 Mill. S, und in der Endphase werden es dann 80 Millionen pro Jahr sein, wovon allerdings der Bund sich verpflichtet hat, 90 % zu übernehmen. Das muß

allerdings, glaube ich, noch endgültig ausverhandelt werden, weil der Bund einen Fixbetrag - so ist es bisher vorgesehen - von 95.000 S pro Student zahlt.

Ich glaube, daß es für Steyr ein ganz großartiger Gewinn ist, daß wir diese FHS haben und daß wir mit dem Lehrgang "Produktions- und Managementtechnik" heuer im Herbst beginnen können.

Wir werden natürlich dem vorliegenden Antrag unsere Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. StR Spanring bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ich will das jetzt nicht in die Länge ziehen, aber ich denke, daß die Entscheidung, die FHS in Steyr zu errichten, für uns eine Jahrhundert-Entscheidung war. Für die Zukunft der Stadt, für die industrielle Weiterentwicklung der Stadt schlichtweg wirklich eine Entscheidung, der mehr Interesse beigemessen gehört hätte als es bis jetzt der Fall war. Ich hoffe, daß in Zukunft wirklich alle geschlossen hinter dieser Entscheidung stehen und den Wert dieser Entscheidung für die Stadt Steyr entspr. präsentieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Werden weitere Wortmeldungen gewünscht? Wenn dies nicht mehr der Fall ist, bitte ich um das Schlußwort des Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, ich bin natürlich froh darüber, daß wenigstens in diesem Punkt eine Einhelligkeit im Steyrer GR festgestellt werden kann. Natürlich werden wir noch die eine oder andere neue Problematik damit bekommen. Es wird klar sein, daß für die Studenten Quartiere benötigt werden. Wenn wir uns überlegen, daß in dreieinhalb bis vier Jahren dann 300 oder 320 solcher Studenten in Steyr dieses Fach studieren können, dann wird es auf diesem Gebiet einen Bedarf geben. Ich habe immer schon gesagt, daß ich glaube, daß das auch als Chance für das benachbarte Steyrdorf gesehen werden kann. Es wird also sicherlich auch in diesem Bereich und noch in vielen anderen Bereichen, bis hin in den Kulturbereich, Auswirkungen haben und Impulse mit sich bringen.

Zunächst ist für die Stadt natürlich auch eine schwere Finanzbelastung damit verbunden. Wir haben einen Grundsatzbeschuß gefaßt, daß wir 30 Millionen für die Errichtung der entspr. Gebäude aufbringen und 2 Mill. S an Zuschuß für den lfd. Betrieb. Um solch einen Anteil geht es ja auch heute, und ich bin dankbar, daß hier Übereinstimmung herrscht.

Es war eine gigantische Leistung, auch der Mannschaft, die vor Ort die Arbeit machen mußte - von der Planung bis zur Ausarbeitung der Lehrpläne, der ganzen Konzeption, die dann vom FHS-Rat genehmigt wurde, bis hin zu den organisatorischen Vorbereitungen, zunächst eigentlich mit einem Provisorium in vorhandenen Räumen beginnen zu können; auch der Lehrgangsleiter war zu bestellen.

Ich bin froh darüber, daß letzten Endes auch die Wahl - zumind. einmal prov. zu bestellen, im Trägerverein und nach Beurteilung durch den hierfür eingesetzten Fachbeirat - auf Hrn. Dr. Jodlbauer gefallen ist. Er hat sich enorme Verdienste erworben, und er war immerhin in einer "harten Konkurrenz" mit einer Reihe von anderen Bewerbern. Sein einziger Nachteil, der eigentlich mit jedem Tag geringer wird, war, daß er noch verhältnismäßig jung gewesen ist. Ich meine, daß gerade bei ihm sichergestellt ist, daß er eine enorme Identifikation mit diesem Studiengang und mit der FHS in Steyr hat, weil er von Anfang an federführend dabei war, diesen Studiengang aufzubauen. Ich hoffe, daß diese Schule ein großer Erfolg wird - es ist ein "Pflänzchen", das wir natürlich genau beobachten müssen. Wir müssen darauf achten, daß hier auch die Umfeld-Bedingungen stimmen. Ich gebe Dr. Tilman Schwager schon recht: die Geschichte mit Parkplätzen in unmittelbarer Nähe zu allen diesen Kommunikationszentren - das wäre sehr wünschenswert. Ich weise jedoch darauf hin, daß eine Studie vorliegt über die Möglichkeit, zentrumsnahe Parkgaragen zu errichten. Wir werden uns in nächster Zeit intensiv damit zu beschäftigen haben, und es geht darum, daß zum einen gewisse Größenordnungen und gewisse Verhältnismäßigkeiten, was die Errichtungskosten anbelangt, erreicht werden müssen; zum anderen gibt es ziemlich "eiserne Gesetze", an die wir uns eben auch halten werden müssen.

Ich danke Ihnen und bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Gewerbeförderung, und zwar für die Fa. Froschauer an der Ennser Straße. Diese Firma hat hier 10 Unternehmungen angesiedelt. Wir hatten Gelegenheit - eine Reihe aus unserem Kreis -, bei der Eröffnung dabei zu sein. Es ist ein gelungenes Werk, und man hatte den Eindruck, daß sich die neuen Firmen, die auch zum Teil von auswärts kommen, in diesen Gebäuden wohlfühlen. Eigentlich handelt es sich hier um eine bemerkenswerte Leistung und Initiative eines einzelnen, der diese Initiative auch fortsetzen wird. Wir werden auch hier beitragen, indem wir bereits im StS genehmigt haben, ein weiteres Grundstück an Hrn. Froschauer zu veräußern, damit er auch dort weiter Betriebsansiedlungs-Tätigkeit vornehmen kann. In diesem Zusammenhang ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

3) Fin-138/95 Fa. Froschauer, Ennser Straße 41, 4407 Steyr - Gleink; Gewerbeförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen v. 24. August '95 wird der Firma Froschauer Liegenschaftsverwaltungsges.m.b.H., Ennser Straße 41, 4407 Steyr-Gleink, für die Errichtung eines Gewerbezentrum mit Gesamtkosten in der Höhe von 10,2 Mill. S (excl. USt) zu dem 20jährigen Darlehen bei der VKB Steyr in der Höhe von S 9.000.000,-- ein 1%iger Zinszuschuß auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. S 400.000,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VASt 5/7820/756000.9 Mittel in der Höhe von S 45.000,-- für das Rechnungsjahr 1995 freigegeben.

Ich würde Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet - ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nicht zuletzt war es ja die Freiheitliche GR-Fraktion, meine Damen und Herren des GR, Fr. Vbgm., werte Herren Bgm., die immer wieder auf die Notwendigkeit von Gewerbeförderungs-Maßnahmen hingewiesen hat. Sei es durch Zinsenzuschüsse, wenn ein Unternehmen bereit ist, zu investieren, sich auszudehnen, so wie es im vorliegenden Antrag der Fall ist; oder aber, wenn ein Betrieb, ein Unternehmer bereit ist, sich in Steyr anzusiedeln, entspr. Grundstücke kostengünstig zur Verfügung zu stellen - wie das seinerzeit auch bei BMW geschehen ist.

Ich glaube, daß gerade dieser Antrag einen sehr erfreulichen Hintergrund hat. Nämlich jenen, daß es auf privater Ebene gelungen ist, dort ein Gewerbezentrum in einer ersten Ausbauphase zu errichten, wo bereits 10 weitere Unternehmungen Platz gefunden haben und dort Arbeitsplätze neu geschaffen haben bzw. Arbeitsplätze abgesichert wurden. Wie bereits von meinem Vorredner, Hrn. Bgm. Leithenmayr, darauf hingewiesen wurde, soll heute ein weiterer Beschluß gefaßt werden, für die Fa. Froschauer ein weiteres Grundstück zur Verfügung zu stellen, um dort wiederum Betriebe ansiedeln zu können.

Ich freue mich deshalb in besonderem Maße, daß es einem Privatunternehmer möglich ist, solche Werke zu schaffen, denn wir haben ja im Hinblick darauf, was die Stadt versucht hat, keine so guten Erfahrungen gemacht. Ich darf in diesem Zusammenhang an das geplante Industriezentrum Hinterberg an der Haager Straße erinnern.

Damit ist meiner Auffassung nach der Beweis gelungen, daß es doch offensichtlich Privatunternehmer besser können. Daher freue ich mich nochmals besonders und werde auch - sowie meine Fraktion - meine Zustimmung zu diesem Antrag geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wird noch eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein paar Sätze möchte ich schon noch dazu sagen.

Wir sind uns einig über die Förderung, lieber Roman. Aber was die Erfolgsträchtigkeit von Bemühungen anbelangt, kann man natürlich lange diskutieren. Es kann ohnehin nicht die Aufgabe eines Amtes oder einer öffentl. Verwaltung sein, Betriebsansiedlungen selbst durchzuführen. Das war auch der Grund dafür, daß damals der GR entschieden hat, sozusagen Profis ans Werk zu lassen und nicht selbst dieses Grundstück in Hinterberg zu erwerben, weil es wahrscheinlich sehr lange dauern

wird, bis sich die richtigen Bewerber melden, und wir das dann vermitteln sollen. Das ist nicht unbedingt die Aufgabe einer Hoheitsverwaltung. Man hat hier gemeint, daß eine Verwertung dieses Areals schneller stattfindet. Wir haben dort viel Geld investiert - und hier komme ich zu den Rahmenbedingungen: Für diese, glaube ich, sind wir schon weitgehend zuständig, und auf dem Gebiet müssen wir uns bemühen, daß das Klima paßt, daß infrastrukturelle Voraussetzungen geschaffen werden und daß diese Betriebsansiedlung ermöglicht ist. Mir geht es auch noch zu langsam.

In Wirklichkeit brauchen wir irgendwo in unserem Bereich eine Stelle, wo sozusagen gezielt eine Börse stattfindet über geeignete Grundstücke, wo geeignete Hallen, Produktionsflächen verwaltet werden; wo eine direkte Information stattfindet zwischen denen, die solche Flächen anbieten können, und jenen, die solche Flächen suchen. Meiner Meinung nach wird man das sicherlich auch noch weiter betreiben müssen, daß dies möglich wird. Fest steht aber, daß auch dieses Grundstück bereits verkauft ist - an die Euro-Leasing -, daß sich ein Unternehmen eingekauft hat und dort wahrscheinlich einen Betrieb errichten wird. Ich nehme nämlich nicht an, daß sie ständig auf einem "toten Kapital sitzen bleiben".

Ich erwarte also, daß es auch dort zu einer Betriebsansiedlung eines Unternehmens kommt, das bisher nicht in Steyr ansässig und auch nicht in der traditionellen Metallbranche tätig ist, sodaß auch hier ein von uns angestrebtes Ziel erreicht wird, nämlich den Branchenmix in unserer Stadt zu verbessern und damit eine bessere Streuung zu bekommen und die Risiken zu vermindern.

In diesem Sinne darf ich noch einmal bitten, dem gegenständlichen Gewerbeförderungs-Antrag für die Fa. Froschauer die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag ist auch eine Förderung - allerdings einer anderen Art, und sie ist auch in ihrer Qualität und vor allen Dingen in ihrer Quantität beträchtlich anders, und zwar um Potenzen. Es handelt sich um die Förderung von BMW, die wir natürl. auch schon öfter erörtert haben - nämlich um die 4. Ausbaustufe von BMW Steyr. Hier wurde eine Investition getätigt im Ausmaß von 3,4 Mrd. S.

Nach schwierigen Verhandlungen mit dem Bund bzw. zwischen Bund, Land und Stadt ist es zu dieser Förderungsvereinbarung gekommen, die der Stadt Steyr eben die Ausschüttung einer Förderung im Gesamtausmaß von 31 Mill. S abfordert.

Ich muß sagen, daß aufgrund dieser Förderung gewaltige Investitionen getätigt werden in unserer Stadt, daß dadurch natürl. auch beträchtliche Impulse auf die übrige Wirtschaft ausgehen: Das Baugewerbe, das Maschinenbaugewerbe, sämtl. Zulieferer etc. werden hier mitbeschäftigt, und dadurch wird auch ein gewaltiger Wirtschaftsimpuls ausgelöst! Natürlich wird Steyr als BMW-Standort größer, sicherer und konkurrenzfähiger. Mehr Leute können beschäftigt werden, und damit fließt mehr Kaufkraft in die Region. Ich stehe eindeutig und bedingungslos hinter dieser Förderung,

die etwa 1 % der förderungswürdigen Investitionssumme beträgt. Sie ist zw. Bund, Land und Gemeinde akkordiert und von EU-Fachgremien gebilligt.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß es sich beim vorliegenden Antrag, den wir heute - wie ich hoffe - beschließen, nicht um Förderungen von Investitionen der 5. Ausbaustufe handelt, die derzeit mit Aufwendungen von 3 Mrd. S in Angriff genommen wird. Wir fördern mit dem heutigen Grundsatzbeschuß die 4. Ausbaustufe - die Zahlungen erstrecken sich über den Zeitraum von 1996 bis 2000!

Ob auch die nächste, schon folgende 5. Ausbaustufe mit Investitionen von 3 Mrd. S von der Stadt gefördert wird, ist derzeit noch völlig offen, weil es meiner Meinung nach davon abhängt, ob wir uns das dann noch leisten können.

Trotzdem freuen wir uns natürlich darüber. Wir haben aber hier auch Gelegenheit, im Zuge von sehr rasch abzuwickelnden Behördenverfahren, diesem Unternehmen dienlich zu sein. Es werden neuerlich 10.000 m² Hallenflächen, rd. 3000 bis 4000 m² Logistikflächen gebaut; es ist geplant, hier eine große Parkgarage im Werksgelände für rd. 600 Abstellplätze zu errichten, und es wird dadurch auch zu neuen pos. Impulsen, zu mehr Beschäftigung und zur Standortsicherung kommen.

Wichtig ist, hier zu unterscheiden, daß wir etwas fördern, das jetzt schon geschehen ist - zum größten Teil jedenfalls -, und es folgt bereits die nächste Ausbaustufe.

Eines möchte ich dazu noch sagen: Was uns wirklich auch mit Stolz und Freude erfüllen kann, ist der Umstand, daß hier ein zähes, 2jähriges Ringen um eine Produktionslinie zwischen Großbritannien und dem BMW-Standort bzw. zwischen Rover, der ja von BMW erworben wurde, und Steyr, zugunsten von Steyr entschieden wurde. Aus dem Titel wird diese fünfte Ausbaustufe in Gang gesetzt. Wir sind also nicht "verlängerte Werkbank", sondern unverzichtbarer Bestandteil mit einer hohen Akzeptanz, was Qualität und Leistung anbelangt, im Rahmen des Weltkonzerns BMW geworden. Das erfüllt uns wirklich mit Stolz und Freude und gibt auch Anlaß, in schwieriger wirtschaftl. Zeit Hoffnung zu haben, daß wir aus dieser Talsohle wieder herauskommen. Bei BMW ist das eindeutig so - das hat auch in der schlechtesten Zeit "gehalten". Ich hoffe, daß das auch bei einigen anderen Unternehmungen, die noch "hinten" sind, was diese Entwicklung anbelangt, so eintritt. Bei SNF ist das auch schon eingetreten, bei SKF detto. Wir haben also die Hoffnung, daß es auch beim Rest von SDP möglich sein wird, eine so dynamische, positive Entwicklung in der Zukunft miterleben zu können.

Nunmehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde ich Sie bitten, folgendem Antrag des StS an den GR zuzustimmen:

4) Fin-168/95 BMW-Motoren AG Steyr; Förderung der 4. Ausbaustufe.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 25. August 1995 wird der BMW-Motoren AG, Hinterberger Straße 2, 4400 Steyr, zur Realisierung der 4. Ausbaustufe des BMW-Motorenwerkes Steyr mit Gesamtkosten in der Höhe von 3,4 Mrd. S folgende Förderung durch die Stadt Steyr gewährt:

1996: S 7.000.000,--

1997: S 6.000.000,--

1998: S 6.000.000,--

1999: S 6.000.000,--

2000: S 6.000.000,--

S 31.000.000,--

Die einzelnen Beträge sind in den jeweiligen Jahren entspr. zu budgetieren.

Ich ersuche um Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Hr. GR Dipl.-Ing. Mundorff hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nachdem ich auch Mitarbeiter von BMW und nicht nur Gemeinderat bin, erlauben Sie mir, den Ausführungen des Hrn. Bürgermeister noch einige Zahlen nachzuschicken.

Die Entwicklung zeigt also, daß BMW weiterhin auf dem Expansionskurs ist. So betrug die Produktion an Motoren pro Jahr: 1993 - 330.000, 1994 - 390.000, und mit diesen angesprochenen Ausbaustufen 4 und 5 werden 1999 ungefähr 500.000 Motoren im Jahr an Produktion erwartet. Das deckt natürlich nicht den Bedarf von Rover ab; es ist ein "Splitting Motoren" gelaufen, aber wir gehen davon aus, daß wir die Motoren für BMW-Fahrzeuge machen. Damit ist - das ist ganz erstaunlich, und viele wissen es gar nicht - Österreich eigentlich das Land, mit dem Pro-Kopf am meisten Motoren produziert werden - weltweit!

Die Förderungen wurden ja schon des öfteren angesprochen. Ich möchte die volkswirtschaftliche Bedeutung von BMW mit einigen Zahlen untermauern: BMW ist mit ca. 14 Mrd. S sicher der größte Investor, der größte Handelspartner Österreichs mit Deutschland, entlastet die Handelsbilanz 1994 mit 3,3 Mrd. S, der kumulierte Umsatz wurde damit von über 100 Mrd. S als Exportwert erreicht und der Einkauf des BMW-Konzerns in Österreich 1994 betrug 15 Mrd. S.

Durch die Anwesenheit von BMW ist sicherlich auch Österreich als internat. Industrie-Standort gestärkt. Die innovative Produktionstechnik trägt auch dazu bei, um Österreich hier in das "Rampenlicht" zu stellen. Durch die Anwesenheit von BMW sind insgesamt ca. 5000 direkte und indirekte Arbeitsplätze geschaffen worden, und - wie Hr. Bgm. Leithenmayr bereits erwähnt hat - die überdurchschnittl. Einkommen, die bei BMW bezahlt werden, haben sicherlich zu einem großen Kaufkraftschub in dieser Region beigetragen.

Nun zum Steuer-Argument. Bisher erhaltene und zugesagte Förderungen belaufen sich auf 2,3 Mrd. S. Die bisher geleisteten Steuern von BMW liegen deutlich über 5 Milliarden. BMW hat auch in diesem Fall grundsätzlich ohne "Förderpoker" in Richtung der fünften Ausbaustufe investiert oder wird investieren, verläßt sich aber - nach meinen Informationen - auf eine faire Behandlung durch die Förderungsgremien. Österreich hat insgesamt 13 % Fördersumme bei der 4. Ausbaustufe beigetragen, die Stadt Steyr 0,9 %.

Noch ein paar Sätze zur Standort-Entscheidung. Die Entscheidung von BMW für die Investition am Standort Steyr haben - nach Presseberichten zumind. - verschiedene Landes- und Bundespolitiker als

Erfolg ihrer Wirtschafts- und Steuerpolitik für sich reklamiert. Oberflächlich betrachtet, klingt dies natürlich plausibel. Die Wahrheit sieht aber doch manchmal etwas anders aus. Für die Standort-Entscheidung von BMW waren nämlich sicherlich andere Punkte wichtig: das ist einmal die - auch von Ihnen schon erwähnte - Produktivität und Qualität, die im Werk Steyr produziert wird; das ist das Ausbildungsniveau und auch das Engagement von unseren Mitarbeitern; und das ist weiters - dies erfüllt mich persönl. mit einem gew. Stolz - die konzernweite Anerkennung der Vorreiterrolle im Hinblick auf die Entwicklung als Kompetenz-Zentrum. Das war einmal ein erster Schritt in der Begründung, warum dieser Standort gewählt wurde. Die von uns entwickelten Dieselmotoren sollen als Basis der weiteren Motor-Familie für Rover und BMW als Grundlage dienen. Außerdem - sicherlich sehr lobenswert in diesem Fall - das äußerst unbürokratische und kooperative Verhalten aller Beteiligten beim Genehmigungsverfahren für diese 5. Ausbaustufe.

Dennoch gibt es natürlich auch aus Sicht von BMW Forderungen an die Regierung; hier sind wir vielleicht nur zum Teil die Richtigen, aber ich möchte sie trotzdem erwähnen. Wir brauchen in Österreich, um den Standort abzusichern, eine kalkulierbare Währungspolitik; wir brauchen - was immer wieder gefordert wird, denn diese "Standort-Entscheidungs-Sache" ist eine sehr labile Geschichte - eine Reduzierung der Bürokratie und der Lohnnebenkosten (natürlich als ganz wesentl. Merkmal). Wir brauchen umsetzbare Umweltvorschriften - umsetzbar heißt: mit Augenmaß, weil wir ja im Wettbewerb nicht nur mit Steyr und Deutschland, sondern international stehen. Wir brauchen - ganz besonders wichtig - die Flexibilität bei der Arbeitszeit, und wir brauchen - last, not least - eine Verbesserung der Standort-Infrastruktur - Stichwort: Verkehrsanbindung.

Wenn man diese Themen betrachtet, sind natürl. im bes. Maße auch die Arbeitnehmer-Vertreter, die Gewerkschaften angesprochen. Auch sie müssen sich an globalen Entwicklungen orientieren, wenn sie wollen, daß die Industrie Arbeitsplätze in Österreich erhält und schafft. Nicht nur die Unternehmer, auch die Arbeitnehmer stehen nämlich im Wettstreit mit asiatischen und osteuropäischen Schwellenländern.

Im Sinne der Langfrist-Strategie müssen daher moderne Gewerkschaften mithelfen, die Lohnnebenkosten zu senken und die in Österreich günstigen Unternehmenssteuern zu erhalten. Nur mit beidem zusammen schafft man es nämlich - nicht durch Belastung des einen auf Kosten des anderen! Klassenkämpferisches Ausspielen der beiden Seiten hat hier sicherlich keinen Sinn und bringt keine Arbeitsplätze - ganz im Gegenteil!

Wenn wir andere Industriebetriebe betrachten, dann hat uns z. B. Audi - Roman! - gezeigt, daß man sich auch für andere Standorte entscheiden kann. Audi hat sich nämlich nicht für Österreich, sondern für Ungarn - in Györ - entschieden, um dort ein ähnlich modernes, schönes, großes Werk zu bauen. Und deswegen bin ich froh, daß BMW sich entschieden hat, Österreich zu wählen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des GR! Es ist sicherlich sehr erfreulich, wenn Investitionen in diesem Ausmaß von einem Steyrer Betrieb getätigt werden - vor allem im Hinblick auf die Standort-Absicherung in Zukunft. Vor allem auch vor dem Hintergrund der Internationalisierung und der Abwanderung von Betrieben in Billiglohnländer.

Ich werde mir aber trotzdem - vielleicht aus der Sicht des Arbeitnehmers - ein paar kritische Bemerkungen erlauben.

Jene polit. Gruppierung, die früher immer gegen diese Subventionen und vor allem gegen diese Förderungen gestimmt hat, ist ja bekanntlich nicht mehr in diesem GR vertreten, und alle anderen bekennen sich zu dieser Förderungspolitik.

Ein anderes Thema: Die ehem. Lehrwerkstätte der SDP wird ja seit fünf Jahren - seit der Übernahme der Nutzfahrzeug-Sparte durch MAN - durch die SNF AG betrieben, und wir bilden in der Lehrwerkstätte auch für SKF, für SDP und für BMW aus. Jetzt ist es so, daß durch die wirtschaftl. Schwierigkeiten der SDP doch jedes Jahr ein gew. Rückgang in den Jahrgängen festzustellen ist. Ich bin schon der Meinung, daß ein Betrieb in der Größenordnung der BMW AG, die ja fast so groß ist wie der größte Betrieb, nämlich die SNF AG, durchaus auch - wenn sie aus öffentl. Geldern Förderungen erhalten - in die Lehrlingsausbildung investieren sollte. Meiner Meinung nach geschieht dies nicht in dem Ausmaß, wie wir uns das - vielleicht aus der Sicht des Arbeitnehmer-Vertreters gesehen - wünschen würden.

Ich glaube, wenn man Förderungen vergibt - es ist ja bekanntlich so, daß vor allem in Zeiten wie diesen niemand freiwillig etwas zahlt oder leistet -, hat man doch ein gew. Druckmittel in der Hand und könnte den Konzern vielleicht damit aufmerksam machen, mehr in die Lehrlingsausbildung einzubringen, indem auch von BMW im vermehrten Ausmaß Lehrlinge bei uns ausgebildet werden. Damit würde unsere Lehrwerkstätte langfristig besser ausgelastet werden; auch die Klein- und Mittelbetriebe in der Umgebung würden davon profitieren. Die Qualität unserer Ausbildung ist bekanntlich ausgezeichnet und hat überall einen guten Ruf. Wir bilden, vor allem die SNF AG bildet ja Lehrlinge weit über das Maß hinaus aus, das wir selber brauchen, und ich könnte mir schon vorstellen, daß auch BMW hier in Zukunft stärker Anteil nimmt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Wenn dies nicht mehr der Fall ist, bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER VERLÄSST UM 16 UHR DIE SITZUNG.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Hr. Koll. Mundorff hat natürl. hier einen weiten Bogen abgesteckt - im Hinblick auf Industriepolitik und die Chancen, die Unternehmen in unserem Land vorfinden; und was sie alles brauchen, damit diese Unternehmen reüssieren können. Er hat natürl. hier eine doch sehr - aus meiner Sicht - einseitige Position bezogen. Es gibt nämlich mehrere, einige davon haben Sie ja erwähnt.

BMW, SNF oder SKF usw. - das alles ist ja nicht deswegen in Steyr entstanden, weil die Konzernherren in Europa hier bei irgendeinem Samariterbund sind, sondern sie haben sehr klar erkannt, daß sich ihre Investitionen hier zurückspielen und amortisieren. Aus einer Vielzahl von Gründen - qualifiziertes Personal ist meiner Meinung nach ein Hauptgrund, und es gibt auch andere, wesentliche Punkte, die hier ausschlaggebend sind. So z. B.: der "soziale Friede"; die wenigen Streiks, die Möglichkeit, daß Interessensgegensätze, die natürl. in der Natur begründet sind, wirklich

in einer qualifizierten und eigentl. doch vorbildlichen Weise - wenn man das im internat. Maßstab betrachtet - ausgeräumt werden können. Das spielt eine entscheidende Rolle!

Und noch etwas, das hier direkt materiell wirksam ist. Ich möchte an den Besuch des Hrn. Bundeskanzler am 11. Jänner 1993, glaube ich, erinnern, wo er auch bei BMW war, und ich die Ehre hatte, dabei zu sein. Hr. Prof. Sämann hat damals zum Bundeskanzler gesagt - vor laufenden Kameras -, "es gibt einen bedeutenden Steuervorteil für Unternehmen

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Das habe ich erwähnt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... in Österreich gegenüber Deutschland"; er möchte ersuchen, daß dieser beibehalten wird. Man sollte das bei dieser Gelegenheit auch sagen, damit die Dinge schön ausgewogen sind.

Eigentlich haben wir ja über die Förderungen zu beschließen und nicht so sehr über die Unternehmenspolitik von BMW alleine. Eines möchte ich jedoch schon feststellen, meine Damen und Herren: Es ist für die Stadt Steyr mit ihrer bekannten Finanzsituation **eine gewaltige Leistung**, 31 Mill. S - gleich viel wie für die FHS - an ein einziges Unternehmen als Förderung zu gewähren! Ich stehe absolut dahinter und habe auch schon betont warum, aber es ist doch eine gewaltige Leistung! Wenn man bedenkt, meine Damen und Herren - ich sage das nicht einfach so dahin, ich habe es auch Hrn. Dr. Durchschlag gesagt -, daß wir **jeden** Schilling von diesen 31 Millionen bei unserer Finanzsituation im Darlehenswege aufnehmen müssen und im Laufe von etwa 15 Jahren zurückzahlen, dann wird diese Leistung noch höher zu bewerten sein.

Wenn wir uns überlegen, daß diese 31 Millionen - von der anderen Seite her betrachtet - in der Konzernbilanz von BMW so winzig sind, daß sie nur ein Bilanzexperte mit der Lupe überhaupt entdeckt, dann kann man eigentl. diese Gesamtsituation, auch im Hinblick auf Förderungen, richtig beurteilen. Und das sollten wir tun! Wir können gar nicht heraus aus diesem "Spiel" - es spielt der Bund mit, das Land mit, auch andere Regionen und andere Länder mit, es spielt auch die EU mit, aber es ist eine große Belastung für die Stadt und die Steuerzahler dieser Stadt. Ich kann mir auch vorstellen, daß bei der Budgetdebatte der eine oder andere viele Ideen hätte, was man mit diesem Geld noch alles tun könnte. Wir stehen dazu - im Wissen darum, wie bedeutsam diese Arbeitsplätze sind; und im Wissen darum, wie bedeutsam dieses dynamische Unternehmen an diesem Standort ist. Wir bekennen uns dazu, aber wir machen das nicht nur aus einer Situation heraus, in der wir vielleicht sonst keine andere Möglichkeit ins Auge fassen. Wir machen es bewußt, aber wir wissen, was diese Leistung der Stadt wirklich wert ist. Das wollte ich bei einer solchen Gelegenheit auch einmal erwähnt haben. Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke - wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit dem Erwerb einer Schülernetzmarke für die Benützung des gesamten Liniennetzes der Stadtwerke Steyr bzw. der Erweiterung dieser Möglichkeit für Schüler ohne Schülerfreifahrtsschein als Fahrpreisersatz. Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, wurde auf Bundesebene beschlossen, daß ein Selbstbehalt von 300 S eingeführt wird. Aus diesem Grund ist hier eine Modifizierung unserer Festlegungen notwendig.

Wir haben das auch ausführlich im StS diskutiert, und deshalb ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

5) ÖAGStw-7948/92 Schülerfreifahrt; Erwerb einer Schülernetzkarte f. die Benützung des gesamten Liniennetzes d. Stadtwerke Steyr; Einführung eines Selbstbehaltes.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Schule und Sport vom 28. 8. 1995 wird ab Beginn des Schuljahres 1995/96 bei jenen Schülern, die keinen Anspruch auf eine Schülerfreifahrt nach dem Familienlastenausgleichsgesetz haben und dennoch das Liniennetz der Stadtwerke Steyr auch außerhalb der Schulzeit (ausgenommen Ferien) nützen wollen, die analoge Selbstbehaltregelung des Bundes eingeführt. Die Einhebung dieses Selbstbehaltes obliegt der Stadt Steyr als Kostenträger für die Schülerfreifahrt gemäß der Bundesregelung, wobei die Stadtwerke das Inkasso durchführen und mit der Verrechnung der Schülerfreifahrt an die Stadt Steyr kompensieren.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes der Stadt Steyr wird der Magistrat der Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Der StS hat den Magistrat bereits zum sofortigen Vollzug ermächtigt, und ich bitte Sie heute, auch im GR diesen Beschluß zu genehmigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. StR Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Über Zweck und Inhalt dieses heute vorliegenden Antrages wurde ja bereits sehr viel diskutiert, und es hat auch sehr viele Mißverständnisse gegeben. Der Ausschuß f. kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen hat sich bereits im Juli d. J. mit dieser Thematik befaßt und ist einhellig zur Auffassung gelangt, daß man für die städt. Regelung in bezug auf die Schülerfreifahrten ebenfalls einen Selbstbehalt analog des Bundes einführen sollte.

Nun, meine Damen und Herren des GR, gehe ich davon aus, daß inzwischen bekannt ist, daß ich nicht derjenige bin, der einer willkürlichen Tarifierhebung oder Teuerungen das Wort redet. Nämlich deshalb, weil ja die "Belastungslawine" seit Bestehen der Rot/Schwarzen Koalition auf Bundesebene in einem nicht unerheblichen Ausmaß über die Köpfe der Bevölkerung "hereingeprasselt" ist, und auch noch in weiterer Folge unsere Bevölkerung mit weiteren Teuerungen und Einschränkungen konfrontiert werden wird, wenn man nur daran denkt, was so alles in diesem neu diskutierten Sparpaket drinnen ist. Ich möchte jetzt gar keine Beispiele nennen, es gäbe deren viele, aber ein paar

darf ich doch anführen. Ich erinnere an die Teuerung bei der Müllgebühr, bei den Kanalbenutzungsgebühren, bei den Kanalanschlüssen, im städt. Bereich notgedrungen bei den Busfahrten und so weiter und so fort. Was mich besonders berührt, ist die Tatsache, daß auch im sozialen Bereich sehr stark eingespart werden muß, und dies wiederum die Bevölkerung sehr stark trifft.

Aber bei diesem Antrag geht es ja um folgendes, und die Dinge liegen hier etwas anders: Anlaß dieser Veränderung ist bekanntlich die Bundesregelung, bei Schülerfreifahrten einen Selbstbehalt einzuführen; nämlich 10 % oder max. 300 S. Wir stehen also vor folgender Ausgangssituation: Es gibt in Steyr 2 Kategorien von Schülerfreifahrten. Erstens für jene Schüler, die die Schülerfreifahrts-Voraussetzungen erfüllen, einen Ausweis von der Schule erhalten und damit eine Jahresnetzkarte für die städt. Verkehrslinien einlösen können. Die zweite Kategorie betrifft jene Schüler, die keinen Freifahrtsschein erhalten haben, weil sie z. B. zu nahe bei der Schule wohnen oder auch andere Kriterien nicht erfüllen, aber in die seit 1992 beschlossene Stadtregelung fallen. Diese Regelung ist damals auf eine Gleichbehandlung der Schüler ausgerichtet gewesen. Sie berechtigt auch heute noch jene Schüler, die keinen Freifahrtsschein haben, durch **Aufzahlung** von damals, als es 1992 diesen Beschluß gegeben hat, 250 S - jetzt nach dem neuen Tarif 300 S -, eine Schülernetzkarte zu lösen, die den Schüler berechtigt, alle Linien der städt. Verkehrsbetriebe uneingeschränkt während des Schuljahres zu benutzen.

Der Fahrpreisersatz wird ja bekanntlich auf der Basis des Vertrages der Stadtwerke und dem Bund analog in die Stadtregelung einbezogen und angewendet. Das heißt also, daß die Stadt im Schuljahr 1993/94 dafür 171.000 S als Kostenersatz den Stadtwerken refundiert hat. Nachdem der Bund jetzt für jene Schüler, die nach der Regelung des BM für Jugend und Familie die Freifahrts-Voraussetzungen erfüllen, einen Selbstbehalt eingeführt hat, ist es nur recht und billig, daß auch für die städt. Regelung im Sinne der Gleichbehandlung ein derartiger Selbstbehalt eingeführt wird. Weil man einfach davon ausgehen und damit rechnen muß - wenn man heute diesen Beschluß nicht faßt -, daß jene Schüler, die derzeit in die Bundesfreifahrts-Regelung mit Selbstbehalt fallen, künftig dann die städt. Regelung in Anspruch nehmen würden, die ja keinen Selbstbehalt beinhaltet. Sie bräuchten sich also nicht die Mühe zu machen, einen Freifahrtsschein zu beantragen, sondern könnten gleich in die städt. Regelung überwechseln, wo es keinen Selbstbehalt gibt, und würden sich daher einige Mühe und Kosten ersparen.

Das würde aber, meine Damen und Herren des GR, in weiterer Folge bedeuten, daß der Stadt bzw. den Stadtwerken die Einnahmen aus dem Fahrpreisersatz aus der Bundesregelung nach der Schülerfreifahrtsregelung in Millionenhöhe entgehen. Bei der derzeitigen finanziellen Situation des Verkehrsbetriebes, bei 34 Mill. S Schuldenstand würde das zweifelsohne zu einer nicht gewünschten Leistungseinschränkung mit allen Konsequenzen führen. Daher, meine Damen und Herren, möchte ich mein JA zu diesem Antrag begründen, weil ich das, was ich soeben gesagt habe, mit den Leistungseinschränkungen vermeiden möchte. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Lengauer hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Fr. Bgm., sehr geehrte Herren Bgm., sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im GR! Wäre ich so polemisch wie der Hr. Kollege, dann würde ich auch eine polemische Einleitung wählen. Ich würde dann vielleicht sagen, die F-Gruppe hat das Hallenbad in den letzten Jahren bewußt "verschlampt" lassen. Ich würde

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Hr. GR Lengauer, das verzeihe ich Ihnen, weil Sie noch nicht so lange im GR sind und diverse Dinge nicht wissen! Ich würde ein bißchen vorsichtig sein!

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ich würde dann vielleicht auch in der Einleitung sagen, die Wortmeldung des Hrn. Kollegen zu diesem Antrag war so wie fast alle Aussagen der F: ein Satz stimmt, der andere stimmt nicht. Aber ich möchte diese polemische Einleitung nicht sagen! Zum Antrag

Gelächter

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Das klingt ja wie Schizophrenie - ich möchte nicht, aber ich tu's!

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Zum Antrag. Mir scheint der Antrag vom Sinn her richtig zu sein, nur erscheint er mir in manchen Dingen etwas unklar und auch nicht ganz verständlich. Und zwar haben wir damals im Jahr 1992 beschlossen, für die Schüler, die keinen Freifahrtsschein bekommen, auch die Möglichkeit der Netzkarte zu schaffen. Das stimmt - so haben wir's gemacht. Nur durch den Selbstbehalt könnte es uns passieren - das, Hr. StR, hat ganz sicher gestimmt -, daß viele Eltern sagen, wir kaufen uns keinen Freifahrtsschein, so ersparen wir uns den Selbstbehalt und holen uns nur die Netzkarte, die 300 S kostet. Dem, glaube ich, müssen wir - auch wenn es für manche Eltern dann doch etwas hart ist - uns entgegensetzen, das können wir nicht zulassen. Hier, meine ich, müßte man ein bißchen anders überlegen und anders argumentieren. Wir dürften, glaube ich, nicht sagen: Selbstbehalt. Denn Selbstbehalt bei unserer Netzkarte - das stimmt nicht. Ich würde sagen, das ist ein Berechtigungsbeitrag. Dann verwirren wir die Leute nicht, und verzeichnen wir auch nicht. Dann dürften wir nicht sagen: "analog dem Selbstbehalt", sondern wir müßten sagen: "ein Berechtigungsbeitrag in der Höhe von 300 S". Dann können wir schon sagen, "analog dem Selbstbehalt", denn dann könnten die Leute wieder argumentieren, ich kenne Leute in Steyr, die haben als Selbstbehalt 177 S, und die anderen bis 300 S. Daher glaube ich einfach, klarer wäre, zu sagen: Berechtigungsbeitrag in der Höhe von 300 S - dann würden sich die Leute auch auskennen und würden wissen, worum es geht. Wir haben ja in unserer Stadt 177 bis 300 S als Selbstbehalt. Ich glaube, es wäre logischer und klarer. Vom Sinn her stimmt es, aber ich glaube, unsere Bevölkerung hätte das Recht, daß sie auch klar benachrichtigt und verständigt wird!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort dazu? Nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wer kennt sich aus?

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFE

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer kennt sich aus?

LAUTE ZWISCHENRUFE

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Direktor Riedler wird uns Aufklärung geben. Ich bitte um Ruhe!

DIREKTOR OAR HELMUT RIEDLER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! "Selbstbehalt" heißt es natürlich nur deswegen, weil wir davon ausgehen, daß keine Begriffsverwirrung eintritt. Im Jahr 1992 haben alle jene Eltern, deren Kinder keinen Anspruch auf einen Freifahrtsschein hatten, an und für sich die Gleichberechtigung gefordert. Sie wollten genauso behandelt werden, wie alle jene Schüler, die einen Freifahrtsschein - aufgrund der Distanz, die sie zur Schule zurücklegen müssen - bekommen haben. Das ist auch durch diesen Beschluß so vor sich gegangen. D. h., sie hatten Anspruch auf die Ergänzungsmarke zum Preis von 250 S und konnten das ganze Netz der Stadtwerke Steyr benützen.

In Fortführung dieses Gedankens der Gleichbehandlung ist man natürl. darauf gekommen, daß man hier auch wieder "Selbstbehalt" sagt. Ich weiß schon, es könnte u. U. Kostenbeitrag oder sonst wie heißen. Es geht aber noch weiter: Der Selbstbehalt steht nämlich in Zusammenhang mit den Beträgen, die die Stadtgemeinde Steyr den Stadtwerken ersetzt. Es geht nämlich darum, daß diese Leute wie Schüler behandelt werden, die einen Freifahrtsschein haben. Wir bekommen vom Bundesministerium - früher waren es 66 S - jetzt 78 S pro Kind. Jetzt ist aber die Funktion die, daß hier ein Selbstbehalt ist, und wir sehr wohl von der Stadtgemeinde Steyr auch die 78 S bekommen. D. h., es soll eine vollkommen gleiche Spur sein zw. den Schülern, die einen Anspruch auf Freifahrtsschein haben, und jenen Schülern, die keinen Anspruch haben, aber die Netzmarke um 300 S noch nützen wollen und in ganz Steyr außerhalb der Ferien das Netz benützen können.

Es geht also wirklich um die Gleichbehandlung - darum würde ich doch vorschlagen, bei dem Begriff "Selbstbehalt" zu bleiben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke für die Aufklärung. Gibt es dazu

LAUTE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSEK:

Was muß er jetzt zahlen?

DIREKTOR OAR HELMUT RIEDLER:

600 Schilling - weil er ja vom Krankenhaus bis nach Münchenholz fahren kann! Er fährt keine Kurzstrecke

VERSCHIEDENE, LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Referent für die Stadtwerke möchte noch einmal dazu Stellung nehmen. Bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, wertee Präsidium! Ich möchte doch noch ein paar Worte zu diesem vorliegenden Antrag sagen - um die Situation nicht noch mehr zu verwirren, wie ich hoffe, sondern aufklärend zu wirken. Daher darf ich nochmals vom Jahr 1992 ausgehen, als nämlich am 17. 12. 1992 folgender Beschluß gefaßt wurde (ich zitiere das jetzt wortwörtlich, damit man das wirklich auch so versteht, wie ich es sage): "Der Einführung einer Schülernetzmarke für die Benutzung des gesamten Liniennetzes der Stadtwerke Steyr für Schüler ohne Freifahrtsschein nach Maßgabe des Amtsberichtes der Stadtwerke wird zugestimmt." Jetzt kommt dann jener Punkt, der sehr wichtig ist: "Die Schülernetzkarte berechtigt zur uneingeschränkten Fahrtenzahl auf allen Linien des städt. Verkehrsbetriebes während des Schuljahres. Die Kosten für den Erwerb dieser Schülernetzkarte betragen gemäß Tarifpost F der Beförderungspreise im städt. Kraftfahrlinienverkehr der Stadtgemeinde Steyr 250 S (inkl. USt). Der durch die Stadt Steyr an die Stadtwerke Steyr zu entrichtende Fahrpreisersatz hat auf der Basis des Vertrages zw. dem BM für Familie, Jugend und Umweltschutz und den Stadtwerken der Stadt Steyr vom 16. 8. 1984 zu erfolgen."

Was heißt das im Klartext? Bis zu dem Zeitpunkt, wo dieser Beschluß keine Gültigkeit hatte, gab es nur eine Kategorie von Benützern dieser Schülerfreifahrtsscheine. Und zwar jene, die unter die Bundesregelung gefallen sind. Hier sind gewisse Kriterien zu erfüllen gewesen. Ich glaube, ich habe

es bereits bei meiner ersten Wortmeldung gesagt - es hat auch die Nähe zum Schulort eine gewisse Rolle gespielt. Dieser Schülerfreifahrtsschein mußte von der Direktion der entspr. Schule ausgestellt werden. Hat der Schüler diese Kriterien nicht erfüllt, so hat er keinen Freifahrtsschein bekommen und war daher auch nicht berechtigt, eine Schülermarke in Anspruch zu nehmen. Um eine Gleichberechtigung zwischen den Schülern zu erzielen, wurde dieser Beschluß letztendlich gefaßt. Das hat bedeutet, daß in Form eines Aufpreises von damals 250 S und jetzt nach dem neuen Tarif jene Schüler, die nicht in die Bundesregelung fallen, weil sie die Erfordernisse nicht erfüllt haben, die Möglichkeit hatten, dieselben Leistungen der Stadtwerke in Anspruch zu nehmen.

Jetzt konkret zur Frage von Fr. GR Radmoser. Das bedeutet, daß in Zukunft jene Schüler, die in die Bundesregelung fallen, bis 300 S Selbstbehalt zu bezahlen haben - das ist die eine Kategorie. Die zweite Kategorie sind jene Schüler, die in die städt. Regelung fallen. Sie haben nach dem neuen Tarif 300 S zu bezahlen - damit sie auch die Linien der Stadtwerke in Anspruch nehmen können - und zusätzl. den Selbstbehalt.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das ist völlig falsch!

LAUTE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment! Das ist

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Nein, meine Damen und Herren des GR,

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Entschuldigung, bin ich jetzt noch am Wort?

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja! Das ist eine Zwischenfrage!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Bisher habe ich immer geglaubt, es geht sehr unruhig im GR zu, wenn der Hr. Bgm. nicht anwesend ist und die Fr. Vbgm. den Vorsitz führt. Aber nebenbei muß ich jetzt feststellen, ist es auch wenn der Hr. Bgm. anwesend ist so, daß man vom Rednerpult verdrängt wird. Aber bitte, Hr. Koll. Lengauer, ich stelle Ihnen das Rednerpult gerne zur Verfügung!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment, Hr. GR Lengauer hat nur eine Frage dazu.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

So stimmt es ja nicht! Es ist auch kein Wunder - das ist keine Kritik -, wenn man mit der Sache nicht so zu tun hat,

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Erstens stellen die Direktoren keine Freifahrtsscheine aus, sondern die Direktoren bestätigen den Schulbesuch. Den Freifahrtsschein stellt das Verkehrsunternehmen aus. Das ist einmal die erste Sache.

Zum zweiten hatten wir das Problem - hier sind die Verkehrsbetriebe unseren Schülern entgegengekommen -, als die Freifahrtsscheine eingeführt wurden; da hat man gesagt, wir machen den Schülern ein günstiges Angebot mit einer Netzkarte. Wenn sie um einen gew. Betrag - damals waren es, glaube ich, 250 S - eine Netzkarte kaufen, dann können die Schüler mit dem Freifahrtsschein nicht nur die Linie ihres Ausweises befahren, sondern in der ganzen Stadt.

Im Jahr 1992 haben wir dann im GR gesagt: Wie kommen eigentlich die Schüler dazu, die keine Berechtigung haben, einen Freifahrtsschein zu bekommen? Und damals haben wir beschlossen, diese Netzkarte auch auf jene Schüler auszudehnen, die keinen Freifahrtsschein bekommen. Diese Schüler durften sich dann auch um 250 S eine Netzkarte kaufen und waren berechtigt, die ganze Stadt damit zu befahren. Nun, das war damals wirklich eine Gleichberechtigung!

Jetzt, seit dem Selbstbehalt, ist es jedoch so: Die Eltern zahlen, wenn sie einen Freifahrtsschein für ihre Kinder bekommen, einen Selbstbehalt - höchstens 300 S. Bei uns in der Stadt geht das je nach Entfernung von 177 S bis zu 300 S. Die Kurzstrecke kostet 177 bei einer 5-Tage-Fahrt, und der höchste Betrag bei 6 Tagen sind eben dann 300 S - höher gibt es den Selbstbehalt nämlich nicht.

Jetzt zahlen also die Leute mit dem Freifahrtsschein 300 S. Und wenn sie nun die Netzkarte auch noch wollen, müssen sie 300 S dazubezahlen, dann können die Kinder wieder im ganzen Stadtbereich fahren. Nun könnten kluge Leute sagen: Den Freifahrtsschein hole ich mir nicht mehr, denn die 300 S Selbstbehalt erspare ich mir; ich kaufe mir - so wie es früher war - nur die 300 S-Netzkarte. Das hätte sich schnell durchgesprochen, und wir hätten keine Schülerfreifahrtsscheine mehr verkaufen können.

Wir hätten einfach die Beträge verloren!

Nun ist es logisch und klar, daß man diese Netzkarte erhöhen muß. Hier ist es wiederum logisch und klar, daß man den Höchstbetrag, den die Eltern zahlen müssen, eben die 300 S nimmt, sodaß die Eltern jetzt für einen Schüler, der kein Anrecht hat auf einen Freifahrtsschein, sehr wohl wieder eine Netzkarte kaufen können. Aber: Preis Netzkarte 300 S plus 300 S.

Warum ich wiederum ein bißchen vorsichtig bin mit dem "Selbstbehalt" - nämlich deswegen, weil dann die Gefahr besteht - vielleicht weiß ich das nicht? -, daß die 300 S, die für die Netzkarte noch dazubezahlt werden müssen, falsch verstanden werden! Und das ist jetzt meine Frage: Werden diese 300 S mit dem Zahlschein "Selbstbehalt" eingezahlt oder werden sie bei den Verkehrsbetrieben bezahlt? Das ist noch nicht klar; das wissen auch wir in den Schulen noch nicht, was wir hier sagen sollen. Das wäre meine Frage!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um die Antwort des Referenten, der ja zuerst unterbrochen wurde.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, ich setze nun meine unterbrochene Wortmeldung wieder fort! Ich verstehe nur eines nicht, Hr. Koll. Lengauer: Wo liegt jetzt der Widerspruch? Hr. Koll. Lengauer hat genau das bestätigt, was ich gesagt habe. Daß nämlich jene Schüler, die in die städt. Regelung bei den Schülerfreifahrten fallen, damals beim Beschluß des GR 1992 beim Halbtarif 250 S zu bezahlen hatten; nach dem neuen Tarif bezahlen sie 300 S zusätzl. des - diesem Beschluß nach, sofern er durchgeführt wird - vorgesehenen Selbstbehaltes. Dem gegenüber stehen die anderen Schüler, die in die Bundesregelung fallen und nur den Selbstbehalt zu bezahlen haben. Nämlich genau mit der Begründung - wie auch Hr. Koll. Lengauer gesagt hat -, eine Abwanderung in die städt. Regelung zu verhindern; und um weiters zu verhindern, daß wir dann auf hohe Förderungsmittel des Bundes verzichten müßten.

Ich sehe hier überhaupt keinen Widerspruch, Hr. Koll. Lengauer. Es ist richtig - wie Sie gesagt haben -, daß die Schule bestätigen mußte, daß die Kriterien erfüllt werden, um einen Freifahrtsschein zu erhalten. Das stimmt! Aber noch einmal: Tatsache ist, daß der Unterschied jener ist, daß die 1. Kategorie der Schülerfreifahrten für die Bundesregelung mit 300 S Selbstbehalt behaftet ist; und die 2. Kategorie der Schülerfreifahrten - also jene, die bisher nach dem alten Tarif 250 S bezahlten - nach dem neuen Tarif 300 S zu bezahlen hat - zusätzl. dieser 300 S Selbstbehalt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke für die Aufklärung. Ich glaube, jetzt können wir über diesen Antrag abstimmen. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Danke, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT HELMUT OBERREITER TRIFFT UM 16.30 UHR EIN.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, der nächste Tagesordnungspunkt löst nicht auch einen so umfangreichen Erklärungsbedarf aus. Ich glaube nicht! Es handelt sich um den Jahresbericht 1994 des Prüfungsausschusses.

In diesem Zusammenhang ergeht folgender Antrag des Prüfungsausschusses an den GR:

6) Rp-2/94 Jahresbericht 1994 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der GR möge beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 1994 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen.

(BEILAGE)

Ich bitte Sie, hierüber die Debatte zu eröffnen und eine Beschlußfassung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. GR Dr. Schwager ist als erster am Wort.

GEMEINDERADR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Als Vorsitzender des Prüfungsausschusses möchte ich eines voranstellen - ich hoffe, es hiermit jetzt nicht zu verschreien: Bei der Arbeit des Prüfungsausschusses herrscht noch keine Wahlkampfstimmung. Wir kommen eigentlich sehr gut voran. Wir denken nicht an irgendwelche Mineralwasser-Plakate oder selbsternannte "Schon-Landeshauptleute". Wir denken an das, was wir so schnell wie möglich und möglichst sachlich erledigen könnten. Das ist ein versteckter, aber sehr deutlicher Dank an die Mitarbeiter dieses Ausschusses, aber auch genauso an die Beamten, die uns jeweils die Amtsberichte vorlegen.

Sie haben hier ein sehr umfangreiches Konvolut vor sich liegen - mit der Bitte des nunmehrigen Referenten, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Es sind immerhin - wer sich die Mühe gemacht hat, sie zu zählen - fast 100 einzelne (praktisch nur) Überschriften von Berichten, die hier bearbeitet wurden. Wenn Sie Interesse haben, können Sie natürlich auch zu diesen Kapiteln Ihre Fragen stellen.

Wir haben das alles im Prüfungsausschuß bearbeitet. Ich glaube sagen zu können, daß bislang im Prüfungsausschuß alles einstimmig beschlossen wurde. Wir hatten andererseits auch keine Mühe dahingehend - jetzt komme ich wieder zu meinem Einleitungssatz -, daß wir vielleicht irgendetwas beantragt haben. Es war eigentlich auch nicht so, daß es irgendwelche konträre Auffassungen gegeben hätte. Wenn jemand von uns der Auffassung wäre, es wäre etwas zu überprüfen, dann haben sich eigentlich noch immer alle mühelos davon überzeugen lassen und waren derselben Auffassung.

Ich kann Sie nur bitten, dieses Konvolut zur Kenntnis zu nehmen. Was hinter einzelnen Überschriften, wie etwa "Drahtzug Unterhimmel", an Arbeit steckt, was hinter "Umbau Münichholz" an Arbeit steckt, was von der entspr. Fachabteilung an begleitenden Kontrollen durchgeführt wird,

das weiß man, wenn man die Akten sieht und wenn man sich vorbereitet, wie z. B. auf die nächste Sitzung am 25. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächste ist Frau GR Radmoser am Wort.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR! Den Dank an das Kontrollamt hat Koll. Dr. Schwager bereits ausgedrückt. Gestatten Sie mir nur ein paar grundsätzliche Gedanken zum Kontrollamt.

Erfolg einer Kommune wird auch an deren wirtschaftlichen Situation gemessen. Finanzkrisen von Bund, Land und Gemeinden bedingen einerseits eine solide, zukunftsorientierte Finanzpolitik, andererseits aber auch eine genaue Kostenorientierung, um das Anwachsen weiterer Verschuldung hintanhalten zu können. Kurzum: Der mündige Bürger, aber auch die Wirtschaft fordern für ihre beträchtlichen Abgaben- und Steuerleistungen auch adäquate Leistungen der Gemeinde sowie die Umsetzung eines echten Sparwillens.

Die in der Privatwirtschaft seit langem gepflogene und übliche Vorgangsweise in Sachen nachträglicher Preisverhandlungen muß gerade in Zeiten wie diesen auch für eine Gemeinde ihre Gültigkeit haben. Zudem wurde der Schwerpunkt seitens der Fachabteilung Kontrolle und Revision auch auf eine begleitende und nicht auf eine nachträgliche Kontrolle gesetzt, um Fehler im vorhinein vermeiden zu helfen; hier wiederum wird das Hauptgewicht auf Projekt- und Projektabwicklungskontrolle bei Bauvorhaben gelegt. Zum Beispiel: Die genaue Überprüfung der Honorarabrechnung von Dipl.-Ing. Girkingner brachte eine Honorarersparnis von rund 700.000 Schilling!

Der Wandel vom Ordnungs- zum Leistungsstaat verlangt auch eine Schwergewichtsverlagerung von der Ordnungs- zur Leistungskontrolle, welche im Wege einer begleitenden - und daher zeitnahen - Kontrolle auch eine entsprechende Effizienz hat.

Die Akzeptanz eines Kontrollbediensteten wird u. a. auch daran gemessen, ob er rechtzeitig konstruktive Kritik, aber auch Lösungsansätze anbieten kann, oder ob er sich damit begnügt, im nachhinein - was ja bekanntlich nicht schwer ist - alles besser zu wissen!

Soweit nur ein paar Gedanken. Wie Sie alle aus dem Bericht gesehen haben, wurden bei Preisverhandlungen Einsparungen von mehr als 2,5 Mill. S erzielt - ein ganz schöner Betrag! Ich glaube, damit alleine rechnet sich schon diese Fachabteilung für Kontrolle und Revision. Es ist einfach wichtig, daß wir diese Abteilung haben, und wir können uns nur bedanken, daß hier so effizient gearbeitet wird.

Eines möchte ich noch erwähnen: Der Rechnungshof hat im Zuge einer Kontrolle des Kontrollamtes festgestellt, daß es einfach vorbildlich ist, wie in Steyr gearbeitet wird. Er hat anderen Städten in der Größenordnung der Stadt Steyr empfohlen, sich ebenfalls solcher Richtlinien zu bedienen. Noch einmal: Wirklich aller herzlichsten Dank an das Kontrollamt!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. GR Spöck hat sich als nächster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERATWILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ich möchte mich auch nur mehr dem Dank anschließen. Es wurde ja bereits gesagt - bei dem heute vorliegenden Bericht handelt es sich nur mehr um "Überschriften"; die Verhandlungsgegenstände wurden ja in den entspr. Prüfungsausschuß-Sitzungen ausführlichst behandelt. Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, um der Fachabteilung für Kontrolle und Revision für die wirklich sehr gute Arbeit sehr herzlich zu danken.

Ein wichtiger Punkt wurde auch schon erwähnt: die Preisverhandlungen. In der nächsten Prüfungsausschuß-Sitzung werden wir uns wieder mit dem Paket "Preisverhandlungen" beschäftigen. Dank der Mitwirkung des Kontrollamtes konnten im 2. Quartal 1995 wieder immerhin über 1 Mill. S erspart werden. Dies zeigt schon den Erfolg der begleitenden Kontrolle!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann mich nur dem Dank anschließen, den meine Vorredner zum Ausdruck gebracht haben!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich würde vorschlagen, daß wir die Sitzung für eine 15minütige Pause unterbrechen.

PAUSE VON 16.40 BIS 17.03 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung wieder fort. Ich übergebe den Vorsitz an Hrn. Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

STADTRAT KARL HOLUB TRIFFT UM 17.05 UHR EIN.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und warte, bis die Kolleginnen und Kollegen ihre Plätze eingenommen haben!

Ich begrüße Hrn. StR Holub und bitte Fr. Vbgm. Mach um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTERIN VBGM. RIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Hr. Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Mein Antrag, den ich Ihnen heute zur Beschlußfassung vorzulegen habe, betrifft den Vertrag mit der Caritas, betreffend die Familienkurzzeithilfe.

Der Antrag des StS an den GR lautet:

7) SH-870/94 Vereinbarung betreffend Familienkurzzeithilfe mit Kinderpflege.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Soziales vom 7. 8. 1995 wird dem Abschluß der Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und der Caritas über die Durchführung der Familienkurzzeithilfe mit Kinderpflege mit Gültigkeit ab 1. 1. 1996 nach Maßgabe des Vertragsentwurfes zugestimmt.

(BEILAGE)

Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Hr. GR Spöck hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Fr. Bürgermeister, Hr. Bürgermeister! Ich halte es für sehr notwendig, wenn Familien in Notlagen geholfen wird. Ich bin auch froh darüber, daß sich die Stadt nun endlich doch entschlossen hat, dem Ansuchen der Caritas von August 1994 zu entsprechen.

Wie notwendig diese Hilfe ist, zeigen die massiven Beschwerden, die seitens der Bevölkerung gekommen sind. Auch stellt diese Hilfe, die wir heute beschließen, eine notwendige Ergänzung zur Langzeithilfe dar. Man darf nur hoffen, daß sich die Stadt dann auch bereit erklärt, tatsächlich zu helfen, und es nicht wie bei der Langzeithilfe trotz Vertrag vorkommt, daß aus budgetären Gründen die Hilfe versagt werden muß.

Ich hätte nur eine Frage: Hat es diese Kurzzeithilfe seitens der Stadt schon gegeben oder ist das

erstmalig?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? Ich sehe, daß dies nicht der Fall ist. Schlußwort, Fr. Referentin bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Seitens der Stadt hat es die Kurzzeithilfe insofern gegeben, als es die Caritas bis 1994 gratis übernommen hat, die Kurzzeithilfe zu tätigen.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Kein Vertrag?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es war kein Vertrag vorhanden. Der Vertrag wird jetzt zum ersten Mal abgeschlossen - ab 1. 1. 1996. Ist das ausreichend?

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Danke, ja!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke - das war das Schlußwort. Ich komme zur Abstimmung. Wer ist für diesen Vertrag? Wer ist gegen diesen Vertrag? Stimmenthaltungen? Einstimmigkeit ist zu protokollieren.

Ich gebe den Vorsitz an Fr. Vbgm. Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Hrn. Vbgm. Pfeil um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER VBGM. DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der nächste Tagesordnungspunkt - Punkt Nr. 8) - wurde mit meinem Bedauern von der Tagesordnung abgesetzt.

Ich komme zu Punkt Nr. 9). Es geht um einen Grundsatzbeschuß zur Erteilung eines Auftrages an die BMW AG für die Erstellung von Studien zur Untersuchung der verkehrlichen Wirkungen und der Möglichkeiten zur Optimierung des Verkehrsablaufes im innerstädt. Verkehrsring der Stadt Steyr sowie für die Erstellung eines verkehrstechnischen Konzeptes für die signaltechnische Regelung des motorisierten Individualverkehrs.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Antrag ist ein retrospektiver und ein perspektiver. Retrospektiv insofern, weil der StS diesen Antrag bereits mit Dringlichkeit beschlossen hat. D. h., wir können heute beschließen, was wir wollen, er ist bereits in Kraft. Das möchte ich der Fairneß halber sagen, aber ich finde es auch wichtig, daß so ein großer Antrag doch auch im GR diskutiert bzw. zur Kenntnis gebracht wird mit einer Diskussionsmöglichkeit.

Erfreulicherweise ist es gelungen - im Anschluß bzw. aufbauend auf das Stickler-Verkehrskonzept -, die BMW AG München, die Verkehrsabteilung, federführend dafür zu gewinnen, daß sie sehr kostengünstig das Verkehrsgeschehen der Stadt Steyr untersuchen und verbessern hilft. Sie werden das nicht nur mit ihrer eigenen Verkehrsabteilung machen, sondern diese Leistung hpts. von einem darauf spezialisierten, deutschen Unternehmen zukaufen und gemeinsam mit dieser Firma ein Konzept für die Stadt Steyr erstellen.

Diese beiden Konzepte sind eben - wie gesagt - zweigeteilt, wobei die Gesamtkosten des ersten Teils dankenswerterweise von BMW übernommen werden - in der Höhe von ca. 500.000 S!

In der zweiten Studie werden die komplette Überprüfung bzw. Neubeurteilung der Verkehrslichtsignalanlagen und die Möglichkeiten deren Beeinflussung von städt. Bussen usw. berücksichtigt.

Wir brauchen insbes. und auf alle Fälle die zweite Studie, weil gerade unsere Verkehrslichtsignalanlagen - besonders an den Hauptstraßen - sehr renovierungsbedürftig sind. Sie sind natürl. unterschiedl. Bauart und teilw. sehr veraltet, sodaß man für manche nicht einmal mehr Ersatzteile bekommt. Ich erwähne nur eine - beispielhaft für alle anderen: die Anlage hier beim Dukartberg unten. Das ist eine sehr alte Anlage, wo keine Verbesserungs-Möglichkeiten mehr bestehen. D. h., hier besteht auf alle Fälle ein Investitionsbedarf von seiten der Stadt. So erscheint es mehr als sinnvoll und unbedingt notwendig, daß man das gesamte Verkehrslichtsignalanlagen-Netz überprüft und neu konzipiert. Das ermöglicht natürl. auch eine Verbesserung im Verkehrsablauf, weil es seitens der Bevölkerung natürl. immer - berechtigterweise - sehr große Kritik gibt über die sog. nicht vorhandenen Grünspuren in Steyr. Es gibt einfach techn. Probleme, die das verhindern. Das ist nicht aus "Jux und Tollerei" oder Absicht, sondern es ist einfach einiges nicht möglich!

Zum ersten Teil möchte ich noch einmal kurz zurückkommen. Untersucht werden sollen: Verkehrsverbesserungen, insbes. am innerstädt. Verkehrsring, in jeder Richtung. Es soll wirklich überprüft werden - mit Daten belegt, von einem Spezialunternehmen berechnet -, ob es Sinn gibt, einen Einbahnring zu schaffen. Wenn ja: In welche Richtung? Wenn ja: Mit oder ohne selbständige Busspur? Zusätzlich zu diesem Auftrag sollen alle Möglichkeiten der Verkehrsverbesserungen in diesem Bereich, insbes. am innerstädt. Verkehrsring, untersucht werden.

Das ist der Auftrag. Ich ersuche Sie, diesen Antrag positiv - trotz vorhergegangener Zustimmung im StS - aufzunehmen und so abzustimmen.

9) Präs-482/95 Grundsatzbeschuß zur Erteilung eines Auftrages an die BMW AG für die Erstellung v. Studien zur Untersuchung d. verkehrlichen Wirkungen und d. Möglichkeiten z. Optimierung des Verkehrsablaufes am innerstädt. Verkehrsring d. Stadt Steyr sowie für die Erstellung eines verkehrstechn. Konzeptes für die signaltechn. Regelung des motorisierten Individualverkehrs.

Der GR möge beschließen:

Die Stadt Steyr erteilt der BMW AG den Auftrag zur Erstellung einer Studie zur Untersuchung der verkehrlichen Wirkungen und der Möglichkeiten zur Optimierung des Verkehrsablaufes im innerstädt. Verkehrsring der Stadt Steyr. Verbunden damit ist die Konzeptentwicklung für die Umsetzung dieser Regelung. Die hierfür anfallenden Kosten in der Höhe von S 500.000,-- werden von der Auftragnehmerin (BMW AG) aus eigenem getragen.

Weiters erteilt die Stadt der BMW AG den Auftrag zur Erstellung eines verkehrstechnischen Konzeptes für die signaltechnische Regelung des motorisierten Individualverkehrs der Stadt Steyr zu geschätzten Gesamtkosten von S 600.000,--, die von der Stadt Steyr zu tragen sind.

Die Freigabe dieses Betrages von S 600.000,-- bleibt einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes im Rechnungsjahr 1996 vorbehalten.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Hr. GR Spöck.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Werte Fr. Bürgermeister, Hr. Bürgermeister! Für mich ist bes. wichtig - und das sei hier auch schon bei dieser Gelegenheit gesagt -, daß vor allem in dieses Konzept auch der Taborknoten eingebunden wird.

Die Situation am Taborknoten hat sich leider nicht entschärft: Die Fußgänger sind nach wie vor "Freiwild", und täglich "poltern" über 30.000 Fahrzeuge über den Taborknoten!

Man muß daher auf jeden Fall die Interessen der Anrainer des Taborknotens berücksichtigen.

Das sei heute hier schon gesagt!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. GR Apfelthaler ist als nächster am Wort.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Fr. Bürgermeister, sehr geehrter Hr. Bürgermeister, werter GR! Ich wünsche mir schon den Tag herbei, wo wir uns im GR über Geschenke unterhalten, die wir annehmen oder ablehnen können. Also diese Gebarung, wie sie hier jetzt stattfinden soll, möchte ich ein bißchen durchleuchten.

Selbstverständlich ist es gut, daß eine Studie über das Verkehrsgeschehen in Steyr erstellt werden soll; selbstverständlich ist es gut, daß darin - das ist für mich das Ausschlaggebende - auch der öffentl. Verkehr betrachtet werden und es zu Verbesserungen kommen soll in dieser Richtung. Meiner Ansicht nach hat aber dieser ganze Antrag insofern einen Wermutstropfen in sich, weil er Ausgaben in der Höhe von 600.000 Schilling beinhaltet, und wir in unserer Vergabeordnung eine Klausel haben, wo Vergaben in dieser Höhe letztendlich nur unter öffentl. Ausschreibung geschehen dürfen. Warum das nicht stattfindet, weiß ich jetzt nicht. Ich würde es mir, ehrlich gesagt, wünschen; denn ich denke, diese Studien könnte ohne weiteres auch ein Universitäts-Institut machen, das könnte - wenn es sich schon um eine Autofirma handelt - auch Mercedes machen. Aber warum das akkurat hier BMW in Steyr ist, hängt vielleicht mit dem

VERSCHIEDENE UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber es handelt sich letzten Endes um Ausgaben für die Stadt in Höhe von 600.000 Schilling, und meiner Ansicht nach gehört hier schon eine Ausschreibung gemacht. Dann soll jener, der mit den Kosten am niedrigsten ist und die besten Konzepte liefert, auch diesen Auftrag bekommen. Aber warum das jetzt sozusagen vorgezogen wird, daß BMW ein Geschenk macht von einer halben Million und 600.000 Schilling für den zweiten Teil des Konzeptes verlangt, weiß ich nicht. Ich bin der Meinung, daß diese beiden Teile im Prinzip ja zusammen gehören - hier wird die eine Hälfte hergeschenkt und für die andere Geld verlangt.

Für jede andere Ausgabe haben wir in der Stadt auch Ausschreibungen! Warum das hier nicht stattgefunden hat, würde ich Sie bitten, Hr. Dr. Pfeil, uns zu erklären!

VIZEBÜRGERMEISTERDR. LEOPOLD PFEIL:

Gerne!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Es muß offenbar etwas unheimlich Peinliches sein, wenn einem die BMW-Motoren AG - es ist ja nicht die Steyrer, sondern die Münchner Muttergesellschaft - ein Geschenk in einer Größenordnung unterbreitet, das wir ja einmal bewerten können, wenn wir nachdenken, was uns Stickler gekostet hat! Dann sind wir ungefähr bei der Größenordnung, was es wert ist. Wenn wir dann einen geringen Prozentsatz - von etwa 25 % vielleicht - von dem, was das Stickler-Gutachten gekostet hat, noch drauflegen, um die Effizienz der hier vorhandenen Lichtsignalanlagen überprüfen zu können und Vorschläge zu bekommen, so glaube ich doch, daß wir diesen Konnex aufgreifen sollten. Daß Dipl.-Ing. Rein von der BMW AG ein

erfahrener Fachmann ist, wissen wir; und wir wissen auch, daß BMW hier sogar eine eigene Untergesellschaft hat, die sich spezialisiert hat auf derartige Verkehrsentwicklungskonzepte.

Es fußt natürlich auf dem vorhandenen Verkehrsentwicklungskonzept, das wir haben. Aber ich stoße mich nicht daran, daß wir 600.000 Schilling für einen Zweck ausgeben, der sehr vernünftig ist. Denn diese Mittel - gerade an Sie von der Grünen Fraktion gesagt - werden sich wahrscheinlich auch insoferne rentieren, als nämlich mit dem "In-Schwung-Bringen" des Verkehrsflusses sehr viel für die Umwelt getan wird; jedenfalls mehr als mit einem stauenden Verkehr am Berg.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Wenn dies nicht der Fall ist, bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich komme gerne auf die Frage zurück, möchte aber zuerst noch etwas anderes anführen. Ich wollte eines damit vermeiden, denn es hat mich oder uns niemand gezwungen, daß wir heute einen Antrag behandeln, der vielleicht nächstes Jahr einmal zu zahlen sein wird. Wir haben - wenn ich daran erinnern darf - in einer der letzten GR-Sitzungen eine Rechnung präsentiert bekommen über einen Auftrag, der im Rahmen "Steyr ist wieder da" gemacht worden ist, von ca. 300.000 Schilling - die Karmasin-Studie, wo niemand den Auftrag gegeben hat, geschweige denn eine Ausschreibung gemacht wurde. Und genau das wollte ich vermeiden. D. h., ich möchte, daß jetzt ein Grundsatzbeschluß gefaßt wird, weil wir ja auch die genauen Kosten noch nicht kennen; und deshalb sollen alle Beteiligten davon wissen.

Zuerst habe ich es bei den Verkehrssprechern aller Fraktionen vorgebracht; dann haben wir es in der Fraktionsobmänner-Konferenz besprochen - dort wurde es einstimmig begrüßt -, so ist es dann auch im StS einstimmig empfohlen worden, und heute haben wir diesen Antrag hier im GR.

Ich habe immer darauf hingewiesen, daß ich das auch als "eines" sehe, als Kompaktlösung. Und wenn BMW das Know How einsetzt, auch am Standort Steyr etwas zu tun für die Verkehrsverbesserung, dann sollten wir dankbar sein! Ich habe mir die Beispiele angesehen; ich war persönl. bei der Präsentation des Verkehrskonzeptes Regensburg - eine vergleichbare Stadt, etwas größer als Steyr -, wo BMW auch sehr maßgeblich beteiligt war. Am Papier habe ich mir angesehen München, Berlin, Dresden - wo auch BMW Vorschläge macht. Also überall dort, wo BMW Standorte hat, sind sie daran interessiert, daß die Verkehrsflüsse natürl. besser werden und - was mir sehr gut gefällt bei dieser Firma - daß man das Auto dabei sinnvoll benützt. Daß man also nicht dem alten Leitbild verfällt, überall zu ermöglichen, mit dem Auto hinzukommen, sondern daß man für gew. Strecken oder Wege das Auto sinnvoll benützt und für andere Anforderungen eher die eigenen Beine, das Rad oder den öffentl. Verkehr in Anspruch nimmt. Das ist alles in dieser Studie inkludiert.

Ich darf vielleicht auch noch sagen, daß es deshalb mit einem Dringlichkeitsantrag versehen war, weil wir das natürl. möglichst bald auf dem Tisch haben wollen. Der erste Teil wird - so hoffen wir - Ende des Jahres bzw. Anfang Jänner nächsten Jahres schon auf dem Tisch liegen - das ist ein sehr guter Plan. Und der zweite Teil kommt im Laufe der ersten Hälfte des nächsten Jahres, also bis zum Sommer. So ist ungefähr der Terminplan. Dann wird sich der Verkehrsausschuß und werden sich alle anderen Ausschüsse, die damit in Verbindung stehen, mit dieser Thematik beschäftigen können.

Ich finde auch, daß es in Steyr ein paar Schlüsselstellen gibt - dazu gehört eben der Taborknoten, die

leidige Geschichte auf dem Blümelhuberberg. Meiner Meinung nach ist es nicht der Weisheit letzter Schluß, daß man hier Wände errichtet, um die Leute vor dem Verkehr und vor dem Gestank zu schützen. Ich glaube, das ist der falsche Weg, und hier sollten wir alle Möglichkeiten überprüfen und nützen, die das verhindern - eben diese soeben erwähnte Problemstelle und unten beim Kreisverkehr die andere. So gibt es einige Dinge, die eben von Professionisten durchgerechnet gehören und von uns dann durchdiskutiert werden können.

Es ist natürl. auch überlegenswert gewesen - das haben wir auch getan -, andere beizuziehen. Auch Dr. Stickler haben wir dazu befragt, denn er hat Simulationsabläufe am Computer. Aber Dr. Stickler ist jetzt auch Univ. Prof. in Graz und stand für uns nicht immer zur Verfügung. Ich darf Sie jedoch beruhigen, es ist nämlich auch ein Universitäts-Institut dabei im Auftrag von BMW - ich habe leider jetzt den Namen nicht. Aber der Besitzer bzw. Eigentümer dieser privaten Firma, die im Auftrag von BMW arbeitet, ist auch ein Univ. Prof.! Also, wenn Sie hier irgendwelche wissenschaftl. Probleme haben, die kann man - glaube ich - ausräumen.

Die Frage, warum Mercedes nicht in Steyr das Verkehrskonzept macht, kann ich Ihnen nicht beantworten! Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke - wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? 2 Enthaltungen (GAL). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke Hrn. Vbgm. Dr. Pfeil. Der nächste Berichterstatter ist Hr. StR Holub.

BERICHTERSTATTER STR. KARL HOLUB:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Ich habe zwei Anträge vorzulegen. Der erste hat eine lange Vorgeschichte, und ich hoffe, eine schnelle Fertigstellung. Es handelt sich um den Einbau von neuen Schwesternstützpunkten in Teilen des Alten- und Pflegeheimes Tabor. Die Finanznot der Stadt zwingt uns zu Etappenregelungen, die ursprüngl. nicht vorgesehen waren. Die Umplanung hat wieder Zeit verschlungen. Ich bitte Sie im Interesse der Diensttuenden und vor allem im Interesse der Bewohner um die Zustimmung zum vorliegenden Antrag, dem der StS ohnehin die Dringlichkeit zugesprochen hat. 3,660.000 Schilling wäre die Freigabesumme an versch. Auftragnehmer lt. Vorlage.

10) BauH-143/94Alten- und Pflegeheim Tabor; Umbau Schwesternstützpunkte Hanuschstraße.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau v. 27. 6. 1995 wird der Vergabe der nachstehenden Arbeiten im Zusammenhang mit dem Umbau der Schwesternstützpunkte im APT wie folgt zugestimmt:

I) Baumeisterarbeiten: T)P)1 Fa. Hamberger, Steyr - netto S 606.628,39

II) Gipsständerwände: T)P)1 Fa. Sunk, Steyr - netto S 235,932,13

III) Sanitär- und Heizungsinstallation: T)P)1 Fa. Installations-GesmbH, Steyr - netto S 367.636,22

IV) Fliesenlegerarbeiten: T) P)1 Fa. Seyrlehner, Behamberg - netto S 69.684,94

V) Bodenlegerarbeiten: T)P)1 Fa. Huber, Steyr - netto S 115.852,52

VI) Malerarbeiten: T)P)1 Fa. Huber, Steyr - netto S 37.960,53

VII) Fensterlieferung und Kunststoffelemente: T)P)1 Fa. Niederleitner, Pöchlarn - netto S 65.072,98

VIII) Bewegliche Einrichtungen: T)P)1a Pos. 1,2,5,6 Fa. Wiesner-Hager, Altheim - netto S 140.051,51

VIII) Bewegliche Einrichtungen: T)P)1b Pos. 7,8,9,9.1,10, 11,12,13 Fa. Bauernfeind, Steyr - netto S 238.177,27

IX) Büroeinrichtungen: T)P)1 Fa. Svoboda, Linz - netto S 33.685,07

X) Kücheneinrichtungen: T) P)1 Fa. Staudinger, Steyr - netto S 112.350,--

XI) Medikamentenschrank: T)P)1 Fa. Hackl, Steyr - netto S 391.502,56

XII) Tischlerarbeiten: T)P)1 Fa. Hackl, Steyr - netto S 192.910,78

XIII) Elektroinstallationsarbeiten: T)P)1 Fa. Berger, Steyr - netto S 992.167,--

XIV) Für diverse Leistungen, die mittels Bestellschein beauftragt werden, werden Mittel in Höhe von netto S 60.000,-- genehmigt.

Zu diesem Zweck werden für die zu tätigenen Maßnahmen im Rechnungsjahr 1995 Mittel in Höhe von netto S 3,660.000,-- bei VASt 5/4200/010000.9 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wird dazu das Wort gewünscht? Wenn dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT KARL HOLUB:

Der zweite Antrag kommt aus dem Ressort Denkmalpflege und bedeutet die dritte und letzte Subventionsrate an die Firma Doleschal für die wirklich gut gelungene Sanierung des Fabriksobjektes in der Schaftgasse 2. Ich bitte Sie, 250.000 Schilling freizugeben.

11) Bau5-4339/91 Firma Doleschal, Schaftgasse 2; Restaurierung u. Neugestaltung des Betriebsobjektes; 3. Rate.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III v. 3. August 1995 wird für die Renovierung und Neugestaltung des Betriebsobjektes der Fa. Doleschal in Steyr, Schaftgasse 2, die 3. und letzte Jahresrate in Höhe von S 250.000,-- bei VASt 5/3630/776000.2 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Von der Kreditsperre wird Abstand genommen, da die Förderung bereits im Jahre 1992 beschlossen wurde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Auch nicht der Fall. Wer für diesen Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich danke Hrn. StR Holub. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Eichhübl.

BERICHTERSTATTER STR. ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, Fr. Vizebürgermeisterin, Hr. Vizebürgermeister! Ich habe Ihnen einen Antrag vorzutragen. Er beinhaltet die Aufschließung mit Erdgas im Bereich Hofergraben - Sandmayrgründe, entspr. dem Investitionsplan der Stadtwerke für 1995. Der Antrag des StS an den GR lautet:

12) Stadtw-14/94 Erdgasaufschließung Hofergraben - Sandmayrgründe; Vergabe der Leistungen.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion v. 1. August 1995 wird im Zusammenhang mit der Erdgasaufschließung Hofergraben - Sandmayrgründe nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt.

1. Tiefbauleistungen: Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr - S 446.916,-- (exkl. USt)

2. Ankauf der Sphärogußrohre und Formstücke: Fa. Kontinentale HandelsgesmbH, Wels - S 571.728,-- (exkl. USt)

3. Erbringung rohrtechnischer Leistungen: Fa. Integral GesmbH, Wallern - S 263.495,-- (exkl. USt)

Die Finanzierung des gegenständlichen Bauvorhabens soll zum überwiegenden Teil aus Mitteln des Sparkassenfonds Steyr erfolgen. Hiefür wird ein Darlehen in der Höhe von **S 800.000,--** als Restbetrag für Gasaufschließungen im Kalenderjahr 1994, das der Sparkassenfonds dem Versorgungsbetriebeverbund Gas- und Verkehr gewährt hat, herangezogen. Die verbleibenden Mittel in der Höhe von **S 482.139,--** werden aus der für 1995 dem Versorgungsbetriebeverbund gewährten Kapitaleinlage für Investitionen im Gasversorgungsnetz erbracht.

Ich darf um Diskussion bzw. um Abstimmung ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Nicht der Fall.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vielleicht ergänzend noch etwas hinzufügen, nachdem die Frage immer wieder aufgetaucht ist, wieviele Gasanschlüsse in der ersten Phase dort gemacht werden - es sind 35. Und ich darf auch noch darauf hinweisen, daß in weiterer Folge - so steht es auch sinngemäß im Amtsbericht - aufgrund der Dimensionierung die Wohnanlage Proyer mit Gas aufgeschlossen werden kann; ebenso wie die Anlage der Raika (Hofergraben) sowie die Schlüßlmayrsiedlung und auch der Bereich der Aschacher Straße.

In weiterer Folge ist auch eine Erweiterung in Richtung Garsten möglich, das ja auch zum Konzessionsgebiet der Stadtwerke Steyr gehört.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke - kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich danke Hrn. StR Eichhübl. Nächster Berichterstatter ist Hr. StR Ing. Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STR. ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um die Ausführung von Druckluft- und Sanitärinstallationsarbeiten durch das städt. Gas- und Wasserwerk im neuen Kommunalzentrum.

13) Bau5-201/93 Änderung der Vergabe vom 20. 4. bzw. 27. 4. '95; Ausführung der Druckluft- und Sanitärinstallationsarbeiten durch d. städt. Gas- u. Wasserwerk.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau v. 3. 7. 1995 wird der Änderung des StS-Beschlusses v. 20. 4. 1995 und des GR-Beschlusses v. 27. 4. 1995 in der Form zugestimmt, daß nunmehr die Druckluft- und Sanitärinstallationsarbeiten durch das städt. Gas- und Wasserwerk zum Preis von S 1,528.230,-- zur Ausführung gelangen.

Gleichzeitig verringert sich die Auftragssumme der Fa. Rieder, Bad Hall, von netto S 2,801.019,80 auf netto S 1,266.465,52, die nur mehr die Heizungsinstallation zur Ausführung bringt.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Nicht der Fall, also kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Kastenwagens für die städtischen Elektriker. Der Antrag des StS an den GR lautet:

14) En-19/95 Ankauf eines Kastenwagens für die städt. Elektriker.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau v. 6. Juni 1995 wird nachstehender Auftrag über die Lieferung eines Kastenwagens Peugeot Boxer 270 CS inkl. Rücknahme des alten Ducato an die Fa. Leischko, Staffelmayerstraße 2A, 4400 Steyr, vergeben.

Zum genannten Zweck werden die vorhandenen Mittel im Ausmaß von S 150.000,-- bei VASSt 5/8160/040000.5 sowie die restliche Auftragssumme im Ausmaß von S 60.000,-- inkl. MWSt in Form einer Kreditübertragung von der VASSt 5/ 8160/050000.2 auf die VASSt 5/ 8160/040000.5 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Hr. StR Eichhübl bitte.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sie haben die Beifallskundgebungen gehört, meine Damen und Herren, als ich mich bereit erklärt habe, das Wort zu ergreifen. Aber Spaß beiseite, ich möchte ganz kurz eines erwähnen. Der Antrag ist deshalb als durchaus pos. zu sehen, weil im Zuge der Einsparungsmaßnahmen - ich glaube - erstmals versucht wurde, für diese Zwecke, nämlich für die städt. Elektriker einen Gebrauchtwagen anzukaufen. Das ist durchaus als pos. zu beurteilen. Es wurden zwar bei einer Reihe von Autohändlern Angebote eingeholt, aber Tatsache ist, daß es gar nicht so leicht war - das geht ja auch aus dem Amtsbericht hervor -, einen passenden, für diese Zwecke geeigneten Gebrauchtwagen zu finden.

Ich darf daher abschließend nur noch sagen, daß ich diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung geben werde.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Nicht der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Auch nicht der Fall.

Wer ist für diesen Ankauf? Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Endvermessung der Feldstraße und der Krenngründe und um die Restzahlung der Grundentschädigung.

15) Bau3-6720/90 Bau3-301/91 Straßenbau Feldstraße u. Krenngründe; Endvermessung; Restzahlung der Grundentschädigung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau v. 7. August 1995 werden die Endvermessung vom Büro Dipl.-Ing. Daxinger für die Feldstraße und die damit ergebenden Entschädigungsbeträge nach den Einheitssätzen der Grundeinlöseverhandlung vom 23. April 1991 zur Kenntnis genommen.

Zur Begleichung der Restentschädigung von S 585.700,-- und der Grunderwerbsteuer von S 43.346,63 sind die im Gemeinderat vom 9. März 1995 freigegebenen Mittel bei VASSt 5/6120/002780.4 (Feldstraße 0,5 Mill. S) und VASSt 5/6120/ 002440.5 (Krenngründe 1 Mill. S) heranzuziehen.

Die Rückforderung von den Ehegatten Helga und Rudolf Steinmaßl, 4400 Steyr, Wolfenstr. 20C, in Höhe von S 19.125,-- ist bei VASSt 5/6120/82800.7 einzunehmen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wird das Wort gewünscht? Nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft das Parkdeck - Bahnstufüberbauung. Es soll die Erklärung der Bahnstufüberbauung und der Anbindungsstraße zum Ortschaftsweg erfolgen.

16) BauH-410/91 BauStr-4/95 Parkdeck - Bahnhofsüberbauung.

Der GR möge beschließen:

Die beschlossene Verordnung, betreffend die Bahnhofsüberbauung (Park & Ride), wird genehmigt.

(BEILAGE)

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet ist Hr. Vbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Fr. Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Parkdeck - Bahnhofsüberbauung: Wir bestimmen heute die Straße bzw. stimmen wir ein weiteres Kapitel in der Bahnhofparkdeck-Überbauung ab. **Baubeginn** - wie wir alle wissen: **August 1994**. Ich darf nur kurz die Vorgeschichte erläutern, warum wir das heute machen. Weil ich nämlich nach wie vor felsenfest der Meinung bin, daß ich auch als Verkehrsreferent gew. Prioritäten einzuhalten habe.

Die erste Priorität ist das Stadtbild, und der Verkehr muß sich dem Stadtbild unterordnen. Ich habe noch die Worte vom damaligen Vorsitzenden des Gestaltungsbeirates im Ohr - wir sind alle dort oben gestanden, Hr. Bgm. war auch daneben -, wie er gesagt hat: "Leute, mit dieser Rampe haut Ihr Euch die Stadt zusammen!" Das war Hr. Architekt Kada.

Sie wissen alle, wie es weiter gegangen ist: Es wurde diskutiert, aber diese Rampenlösung "kostet eben nur 80 Mill. S und keinen Schilling mehr, deshalb müssen wir dieses Projekt forcieren und durchziehen".

Auch dieses Projekt wurde nicht durchgezogen. Ich habe einmal in einer GR-Sitzung den Bürgermeister gefragt, wie weit die Kosten nun gediehen sind. Er hat mir damals geantwortet - wenn ich mich recht erinnere: um die 150 Mill. S. Mittlerweile, glaube ich, spricht man von 140 - 145 Millionen. Immer (noch dazu!) jeweils ohne die Grundstücksablösen, die in etwa mit 15 Mill. S zu Buche schlagen - wenn ich das richtig im Kopf habe.

Eine seriös durchgerechnete Tunnellösung hätte nach der Berechnung von vor 3 Jahren 120 Mill. S gekostet. Zugegebenermaßen ist eben bei der Tunnellösung, aber auch bei der Rampenlösung der "Schlechtpunkt" die Rechtsanbindung in Richtung Ennstal. Das ist bei keiner Variante befriedigend gelöst; das muß man fairerweise dazu sagen!

Aber weil ich mich nicht - auch als Verkehrsreferent - mit dieser Rampenlösung anfreunden kann, weil ich nach wie vor der Meinung bin, daß es bessere Lösungen gibt, werde ich mich hier der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte dazu noch ganz kurz anmerken: von 150 Mill. S war an und für sich nie die Rede. Es ist bis auf 140 Mill. S gegangen. Zur Zeit ist ein Projekt von 110 Mill. S in Begutachtung bzw. in Vertragsentwurf.

Über die Aussage des Gestaltungsbeirates damals wurde viel diskutiert; hier kann man verschiedener Meinung sein. Tatsache ist, daß das einzige Projekt, das jetzt zur Ausführung gelangen soll, die Verkehrsanbindungen gelöst hat. Alle anderen haben das nicht gelöst! Auch in das Ennstal hinein wird man von der Rampe bzw. mit dieser Umfahrung einigermaßen anstandslos fahren können. Oben an der Fuchsluken-Umfahrung wird eine Verampelung notwendig sein, aber die reibungslose Einbindung ins Ennstal nach rechts wird sicherlich erfolgen können. Ich glaube, daß es sicherlich die einzige und sinnvollste Lösung ist, die wir haben. Und sie war auch im Gestaltungsbeirat von Architekt Kada an zweiter Stelle oder fast gleichwertig genannt, nur ist er dann früher nach Hause gefahren, und die anderen Kollegen haben es nicht ins Protokoll hineingenommen. So war die Tatsache bei der ganzen Beurteilung.

Ich glaube, daß wir danach trachten müssen, das Parkdeck möglichst rasch umzusetzen, wobei es hier nicht die Schuld der Stadt ist, daß noch nichts weitergegangen ist, sondern die Bundesbahn hat das Verfahren aufgrund verschiedener Überlegungen und Zuständigkeiten sehr verzögert. Tatsache ist, daß die Bundesbahn bereit ist, 50 % der Kosten zu übernehmen, und daß sich das Land - LH Dr. Pühringer - bereit erklärt hat, weitere 25 Millionen zu übernehmen.

Wenn wir das Verkehrskonzept umsetzen wollen, dann ist es dringend erforderlich, daß wir es in Angriff nehmen!

Ich bitte um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer ist für diesen Antrag? Danke. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? 7 Enthaltungen (F). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft die Kanalisation Tabor - 3. Teil.

17) Bau6-647/88 Kanalisation Tabor, 3. Teil 1994/95; NK J, Q, M, N u. P; Vergabeantrag f. Kanalisierung durch Schlauchinliner.

Der GR möge beschließen:

Mit GR-Beschluß v. 7. Juli 1994 wurde der Fa. Kanzler der Auftrag zur Errichtung der Kanalisation Tabor, 3. Teil, zu einem Preis von S 5,945.829,60 netto übertragen.

Aufgrund des vorliegenden Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau v. 24. August 1995 wird für die Sanierung von restlichen Kanälen mittels Inliningverfahren der Vergabe dieser Arbeiten an die Fa. Rabmer zu einem Preis von S 1,058.561,-- netto zugestimmt.

In einem wird auch die Vergabe des 2. Nachtragsanbotes für die Herstellung von Ortbeton-Schachtunterbauten samt Einmündungen an die Fa. Kanzler zu einem Preis von S 189.633,09 zugestimmt.

Eine gesonderte Mittelfreigabe ist nicht erforderlich. Die Freigabe der restlichen Mittel bleibt einer späteren Beschlußfassung vorbehalten.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Niemand. Danke, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft eine Straßenbenennung für die Styria-Wohnbauten in Christkindl.

18) Ges-13/95 Styria-Wohnbauten Christkindl - Straßenbenennung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Baurechtsangelegenheiten v. 19. Juni 1995 erhält die Aufschließungsstraße für die Styria-Wohnbauten in Christkindl, im Lageplan der FA Planung blau lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung "**Alois Lebeda-Straße**".

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Hr. GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, werter GR! Ich habe es schon in der letzten Ausschuß-Sitzung erwähnt: wir werden selbstverständlich diesem Antrag zustimmen. Wir möchten aber noch einmal daran erinnern, daß wir seinerzeit 1989 oder 1990, glaube ich, schon einen Antrag gestellt haben, der ja auch im Zusammenhang mit dem Erinnerungsjahr 1995 steht: Man möge doch dem letzten jüdischen Einwohner in Steyr gedenken - Hrn. Uprimny. Das hat jetzt wieder nicht stattgefunden. Wir möchten

dringend bitten, daß man in der zuständigen Bauabteilung das endlich einmal nach vorne reiht, sodaß wir bei nächster Gelegenheit eine Straße nach diesem letzten jüdischen Einwohner in Steyr benennen können. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Liegt noch eine Wortmeldung vor? Hr. GR Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN HORST SCHWAGER:

Wir wollen hier, hohes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, nicht die Arbeit des Kulturausschusses und Finanz- und Rechtsausschusses vorwegnehmen - aber wenn wir schon bei Straßennamen sind: Steyr ist eine der rühmlichen Städte - ich glaube, schon die letzte -, in der es nicht nur einen Karl-Marx-Hof gibt, sondern auch noch eine Karl-Marx-Straße.

Vielleicht hätten wir hier einmal einen gew. Änderungsbedarf!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu noch jemand das Wort? Nicht der Fall. Schlußwort?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte nur anfügen, daß eine ganze Liste von Namen für Straßen aufliegt. Sie wird im Kulturausschuß behandelt und dann dem Baurechtsamt vorgeschlagen. Daher kommt es in mein Referat, und ich habe es auch vorzutragen. Ich bitte Sie, dort in den Ausschüssen, wo Sie auch tätig sind, für Ihre Idee vorstellig zu werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Kommen wir zur Abstimmung über die Straßenbenennung in Christkindl. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag betrifft den Bebauungsplan Nr. 39 - die Stadlmayrgründe.

19) BauGru-26/95 Bebauungsplan Nr. 39 - Stadlmayr; Änderung Nr. 3.

Der GR möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Bebauungsplanes Nr. 39 - "Stadlmayr" - Änderung Nr. 3 - wird entsprechend den Plänen der FA für Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. Mai 1995 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der FA für Baurechtsangelegenheiten v. 11. August 1995 beschlossen.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Danke, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich danke Hrn. StR Ing. Schloßgangl und bitte den nächsten Berichterstatter, StR Tatzreiter, um seine Anträge.

BERICHTERSTATTER STR. LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Fr. Vizebürgermeister, sehr geehrter Hr. Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des GR! In meinem ersten Antrag geht es um den Verkauf des Grundstückes 684/1 in Gleink im Ausmaß von 9.317 m² an die Fa. Froschauer, die sich schon seit längerer Zeit beworben hat.

Es ist schon eine Zeitlang bekannt - zumind. haben wir heute schon darüber gesprochen -, daß sich die Fa. Froschauer sehr stark engagiert, dort Betriebe anzusiedeln und jetzt erst neuerlich wieder den Bedarf auf eine Ausweitung hat. In diesem Zusammenhang hat die Fa. Froschauer jetzt die Möglichkeit, dieses Grundstück - das schon einmal zum Verkauf angestanden ist an die Fa. Tockner - im Ausmaß von 9.317 m² zu erwerben.

Mit der Stellungnahme vom 7. 4. 1995 ist man an die Liegenschaftsverwaltung bzw. an die FA f. Stadtentwicklung sozusagen herangetreten, um das ganze noch einmal zu bewerten. Der Kaufpreis von 550 S/m² liegt dem zugrunde.

Die Fa. Froschauer ersucht um dieses Grundstück, wobei sie natürl. in den Vordergrund stellt, hier eine weitere Betriebsansiedlung durchzuführen bzw. Bewerber anzusiedeln.

Der m²-Preis mit 550 S macht in diesem Ausmaß einen Gesamtkaufpreis von 4,658.500 S aus. Der Antrag des StS an den GR lautet:

20) ÖAG-7/95 Verkauf des Grundstückes 684/1, KG Gleink, an die Froschauer LiegenschaftsverwaltungsgesmbH.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten v. 29. August 1995 wird dem Verkauf des Grundstückes 684/1, KG Gleink, im Ausmaß v. 9.317 m² an die Froschauer LiegenschaftsverwaltungsgesmbH, 4407 Steyr-Gleink, Ennser Straße 41, zu den nachstehend angeführten Bedingungen zugestimmt:

Der Kaufpreis für diese Liegenschaft beträgt S 500,-- je m², demnach insges. S 4,658.500,--, welcher in drei gleichen Jahresraten, beginnend bei Vertragsabschluß, zinsfrei, jedoch wertgesichert nach dem VPI 1986, entrichtet werden kann.

Ein Grundstreifen, den die Stadt zur Verbreiterung der Dornacher Straße auf 6 m benötigt, ist mitzuerwerben und bei Bedarf in das öffentliche Gut abzutreten.

Die Veräußerung der Liegenschaft erfolgt zum Zweck der Errichtung eines Gewerbezentrum. Die Käuferin verpflichtet sich, diesen Vertragszweck binnen drei Jahren zu realisieren und die neugeschaffenen Räumlichkeiten an interessierte Firmen zu vermieten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt an der Liegenschaft das grundbücherlich einzutragende Vor- und Wiederkaufsrecht vor.

Ich bitte, darüber zu diskutieren bzw. abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht dazu das Wort? Hr. GR Dipl.-Ing. Mundorff bitte.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Hr. Stadtrat, Sie haben bereits erwähnt, daß bei Bedarf, wenn die Stadt diesen Straßenteil benötigt, er in das öffentl. Gut abzutreten ist. Nach meinen Informationen muß das auch kostenlos geschehen für die Stadt. Ist das richtig?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ja!

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Das hätte ich hier gerne nur noch einmal bestätigt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Nicht der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Die Frage ist soweit beantwortet - kein Schlußwort mehr, danke!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Danke, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF VERLÄSST UM 17.47 UHR DIE SITZUNG.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem zweiten Antrag geht es um die Zahlung der dritten Kaufpreisrate für das Stadtgut Steyr an die Chemie Linz. Es sind 15,734.000 Schilling, die zur Ratenzahlung anstehen; zusätzl. sind nach Berechnungen des GB II Zinsen in Höhe v. 1,889.131,81 Schilling zu überweisen.

In diesem Zusammenhang ersuche ich Sie, den Antrag bzw. die Freigabe von 17,623.000,--, wie im Amtsbericht dargestellt, zu beschließen. Der Antrag des StS an den GR lautet:

21) ÖAG-28/93 Stadtgut Steyr; Zahlung der dritten Kaufpreisrate an die Chemie Linz.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten v. 29. August 1995 wird zur Bezahlung der fälligen dritten Kaufpreisrate für das Stadtgut Steyr samt der vereinbarten Verzinsung ein Betrag von S 17,623.000,-- bei der VAS 5/ 8400/001000.2 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenstimmen? Keine. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Danke, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich danke Hrn. StR Tatzreiter. Den nächsten Antrag aus dem Ressort von StR Zagler übernimmt Bgm. Leithenmayr. Ich bitte um den Vortrag.

BERICHTERSTATTER BGM. HERMANN LEITHENMAYR ANSTELLE VON
BERICHTERSTATTER STR. DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des GR! In Vertretung des Koll. Zagler trage ich Ihnen die Erlassung einer Standortabgabe-Verordnung für die Stadt Steyr und die Novellierung der Tarifordnung für die Mülldeponie vor.

Es ist so, daß aufgrund einer Novellierung des Landesgesetzes, die im heurigen Jahr erfolgt ist, eine Verordnungs-Änderung notwendig wird. Einige bedeutsame Neuerungen sind festzustellen; u. a. ist die Standort-Situation von Müllverbrennungsanlagen in das Gesetz eingegangen. Es wurde festgelegt, daß hier die Tarife insoferne verändert werden, als die Standortabgabe für sonstige Deponien nie

weniger als das Doppelte des Betrages als für Inertstoffdeponien betragen darf. Weiters wurde die Feststellung getroffen, daß als Standortabgabe höchstens 40 Schilling je Tonne verlangt werden dürfen, wenn hier die Reststoffe der Verbrennung zugeführt werden.

Außerdem wurden eine Index-Anpassung und Rundungsbestimmungen in das Gesetz eingebaut.

Aus diesem Titel ergeht folgender Antrag des StS an den GR:

22) GemSTA-144/93 Standortabgabeverordnung, Novellierung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA f. Steuerangelegenheiten v. 6. Juli 1995 wird die novellierte Standortabgabeverordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt mit 1. 7. 1995 in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LBGl. Nr. 9/1992, durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr.

(BEILAGE)

Ich ersuche um Debatte und Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Danke, der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Eingangs der Sitzung wurde dem Antrag auf Ankauf der ehem. Fabriks- und Lagerhalle Reithofferwerk die Dringlichkeit zuerkannt. Daher kommt dieser Tagesordnungspunkt nunmehr in Behandlung. Ich darf den Berichterstatter, Koll. StR Tatzreiter, bitten, seine Antragstellung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Ich habe eine Erklärung abzugeben. Hr. Bgm. Leithenmayr ist 1991 angetreten mit der Aussage, er steht für eine breite Zusammenarbeit. Diese breite Zusammenarbeit hat er wiederholt gebrochen - die Bereitschaft dazu!

Heute haben wir einen Antrag bekommen über einen Ankauf, den wir selbst mit sehr viel Enthusiasmus, mit sehr viel pos. Wollen zwei Jahre vorgetragen haben; wo wir im Frühjahr gemeinsam einen Abschluß gefunden haben, wo wir aber - nicht nur wir - noch ein Nutzungskonzept und die Klärung von anderen Details über den Sommer verlangt haben.

Heute kam ein Antrag auf dringlichen Ankauf dieses Areals am ehem. Reithofferplatz, wo ich für die Dringlichkeit kein Verständnis habe. Es hätte Sie niemand daran gehindert, daß dieser Antrag auf der Tagesordnung steht, daß es in den Ausschüssen behandelt wird, und daß es ermöglicht wird, gemeinsam ein Nutzungskonzept zu finden. Es war nicht im Kulturausschuß, es war nicht im Finanz- und Rechtsausschuß. Es ist einmalig, daß wir einen Ankauf in der Höhe von 10 Mill. S per Dringlichkeit und ohne weitere Information beschließen sollen!

Es kam heute hier ein Antrag von 3 Fraktionen, wobei es dem Bürgermeister vorbehalten war, daß er nicht einmal versucht hat, die zweitstärkste Fraktion einzuladen, daß er sie wenigstens informiert, was heute hier auf der Tagesordnung steht. Und ich habe, meine sehr verehrten Damen und Herren, heute nachmittag um 15.10 Uhr diesen Antrag erst bekommen - als Fraktionsobmann dieser zweitstärksten GR-Fraktion.

Ich sehe mich nicht imstande und bin überhaupt nicht willens, darüber heute in dieser Form zu diskutieren.

Hr. Bürgermeister! Aus Protest wird die Freiheitliche GR-Fraktion nun die Sitzung verlassen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte noch festhalten - der Ordnung halber, Hr. Vizebürgermeister

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darf ich noch einen Moment etwas sagen zu diesem Exodus

LAUTE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihr wollt mir nicht zuhören!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir sind in Aufbruchstimmung! Ich höre mir gerne noch einen Satz an, aber

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die FPÖ ist in Aufbruchstimmung!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich höre mir gerne noch einen Satz an, aber

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber ich möchte nur der Ordnung halber bemerken, daß es sich **nicht** um einen Antrag des Bürgermeisters handelt, sondern um einen Antrag, der hier unter dem Titel "Gemeinsamer Antrag der unterfertigten Mitglieder des GR der Stadt Steyr" vorgelegt wurde. Es handelt sich also nicht um meinen Antrag, sondern um den Antrag einer ganzen Reihe von Mitgliedern! Ich kann jetzt nicht alle lesen - aufgrund ihrer ausgeprägten Handschrift -, aber ich sehe z. B.: Ing. Schloßgangl, Ing. Spanring, Koll. Mach, Koll. Tatzreiter, Koll. Weixlberger, Koll. Marco Vanek, Koll. Apfelthaler und eine Reihe anderer.

Mir vorzuwerfen, ich hätte hier verabsäumt, mit Ihnen ein Gespräch zu führen, geht ein bißchen an den Tatsachen und an den Umständen vorbei. Für mich, meine Damen und Herren, war und ist immer entscheidend - da ich hier Alleinverhandler oder Verhandlungsführer gewesen bin über den ganzen Zeitraum von rd. 2 Jahren, in denen es darum ging, zu für die Stadt vertretbaren Bedingungen dieses Haus zu erwerben -, daß wir auch tatsächl. zu einem Abschluß kommen!

Daß wir dieses Haus erwerben, ist ohne jeder Vorbedingung durch die Fraktionsvorsitzenden einstimmig abgeseget! Wir haben hier die Dringlichkeit deswegen, weil es zum einen ein Kaufangebot, das befristet ist, von der SDP AG gibt; und zum zweiten, weil es einen massiven Druck gibt im Hinblick auf die Einreichung um Förderungen für Projekte, die in diesem Haus durchgeführt werden sollten. Das ist auch aus der Budget-Situation, aus der Notwendigkeit, rechtzeitig Beträge einplanen zu können, verständlich.

Hier haben bes. der Eisenstraßen-Verein und der Verein IndustrieForum Steyr massiv und mehrmals durch ihre Spitzenvertreter bei mir vorgesprochen und sich wirklich darum bemüht, daß die Gemeinde endlich dieses Haus auch wirklich zur Verfügung stellt.

Es wurde nie klar gesagt, daß ein Nutzungskonzept eine Vorbedingung für den Kauf dieses Hauses sei. Ich jedenfalls habe das aus den Zeitungen gelesen; und ich sage auch ganz offen, daß wir das bei der inhaltlichen Diskussion noch erörtern können und werden. Wenn Sie nicht hier bleiben, werden

Sie das dem Protokoll entnehmen müssen. Wir können ja u. a. auch über Nutzungskonzepte diskutieren. Dagegen habe ich nichts einzuwenden!

Ich stelle nur eines fest: Wer wird denn dieses Nutzungskonzept machen? Wer soll es machen? Bleibt es nicht letzten Endes eine Entscheidung, die in der polit. Verantwortung der Funktionäre des GR liegt, was man alles damit machen kann?

Etwas mehr als 1800 m² in vier Etagen, also 4 mal 1800 m² erlauben nämlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, vielfältige ungelöste Probleme, bes. im kulturellen Bereich, einer Lösung zuzuführen. Das ist letzten Endes der Grund! Der Denkmalschutz, der Ensembleschutz, der vorher bestanden hat, die Lage in einem Gebiet, das ein neuer Stadtteil sein wird, die qualitätsvolle Planung, die wir uns vorstellen möchten, mit einem Mittelpunkt, den dieses Haus darstellen soll - das war maßgeblich für uns alle, daß wir uns entschieden haben, dieses Haus zu erwerben. Jetzt ist die Stunde der Wahrheit gekommen, wo darüber zu debattieren sein wird, ob dieses Haus gekauft wird oder nicht! Vorher haben sich alle mit den Bedingungen einverstanden erklärt; jetzt geht es um die Beschlußfassung. Ich bitte wirklich, zu überlegen und sich der Verantwortung bewußt zu sein, daß es um sehr viel Geld geht für die Gemeinde, aber auch um sehr große Chancen, viele ungelöste Probleme einer Erledigung zuzuführen.

Wir können nicht warten, bis wir die Budget-Gespräche des Landes versäumen. Wir müssen auch nach 2 Jahren zu einem Abschluß dieser Verhandlungen - mit einem Kaufabschluß und auch mit einem Beschluß im GR - kommen. Daher bitte ich, die Dringlichkeit zu verstehen. Und ich ersuche Sie wirklich, einigermaßen emotionslos - nicht unengagiert, aber emotionslos -, die Chancen, die Möglichkeiten, die Optionen zu sehen, die sich mit diesem Tagesordnungspunkt und der Beschlußfassung ergeben!

Das wollte ich in Ihrer Anwesenheit noch gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Darf ich noch zwei Worte dazu sagen? Weil ich natürl. mit den Daten nicht ganz einverstanden bin, wenn hier 30. 9. als "deadline" steht für die Steyr-Werke, daß wir das Gebäude kaufen sollen. Es steht nirgends, seit wann dieses Datum bekannt war; und es hätte niemand gehindert, auch den Bürgermeister nicht, das auf die Tagesordnung zu setzen.

Nebenbei ist dieser Antrag der GR-Kollegen datiert mit 12. 9. 1995. Gleichzeitig ist der Amtsbericht auch mit 12. 9. 1995 datiert. Es kann mir niemand glaubhaft machen, daß dieser Amtsbericht innerhalb von einem halben Tag gemacht wurde. Das glaube ich nicht! Und dieser ganze Bericht ist an Sie gekommen, Hr. Bürgermeister - mit Eingangsstempel 12. 9. Es wären 2 Tage Zeit gewesen, zumind. die Fraktionsobmänner zu informieren, daß so ein wichtiger Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung zu stehen hat oder stehen wird. Da habe ich wirklich kein Verständnis dafür, daß ich als Kulturreferent und Vizebürgermeister heute nach 15 Uhr erst einen Antrag bekomme, wo wir über 10 Mill. S abstimmen. Tut mir leid, Hr. Bürgermeister. Auf Wiedersehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mir tut es auch leid! Ihnen geht es um das formale Prozedere. Ich hätte das gerne im vergangenen StS gehabt, ich hätte es auch gerne in der Finanz- und Rechtsausschuß-Sitzung gehabt. Ich mußte feststellen - das habe ich auch mehrmals urgiert -, daß sich die Juristen nicht vorher einigen konnten. Das ist der Grund. Ich möchte es aber zeitgerecht im GR haben; daher bleibt eben nur diese Form der

Antragstellung, damit dieser Tagesordnungspunkt behandelt werden konnte.

Es tut mir leid, wenn es nicht dazu gekommen ist, daß das Gespräch zwischen den Fraktionsvorsitzenden auch Ihre Person miterfaßt hat. Aber ich möchte schon sagen, daß das nicht mein Antrag ist, sondern der Antrag einer ganzen Reihe von GR-Mitgliedern aus 3 Fraktionen, und diesen habe ich geschäftsordnungsmäßig zu behandeln.

DIE FREIHEITLICHE GR-FRAKTION (VBGM DR. PFEIL, STR EICHHÜBL, GR BAUER, GR GÖTZ, GR PAYRLEITHNER, GR DR. SCHWAGER) VERLÄSST UM 17.56 UHR AUS PROTEST DIE SITZUNG.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. StR Holub hat sich zu Wort gemeldet. Möchtest Du noch vor der Antragstellung reden? Ich wäre nämlich dafür, daß zu- nächst der Antrag gestellt wird.

VERSCHIEDENE ZWISCHENRUFEN

STADTRAT KARL HOLUB:

Dabei war das nicht einmal ein tauglicher Ruf zur Geschäftsordnung!

Gelächter

STADTRAT ING OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wir sehen darüber hinweg!

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich möchte hier die Geschäftsordnung nicht ganz eng auslegen - das würde mir vielleicht als undemokratisches Verhalten auch noch aufgelastet werden. Dem möchte ich mich nicht aussetzen!

Mir geht es jetzt einmal darum, daß der Antrag vorgetragen wird, und daß wir dann in die Debatte einsteigen. Die erste Wortmeldung dazu hat dann Koll. StR Holub.

BERICHTERSTATTER STR. LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Fr. Vizebürgermeister, sehr geehrter Hr. Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR! Es ist bedauerlich, daß wir den Antrag nur noch in 3 Fraktionen behandeln, obwohl es ein ganz wichtiges Objekt ist. Ich darf auch die Jugend sehr herzlich bei uns begrüßen!

Im Amtsbericht - wenn ich ihn vielleicht noch ein bißchen erläutern darf, auch für die Jugend bzw. für alle anderen, die ihn nicht kennen - steht schon vorweg: "Ankauf der ehem. Fabriks- und Lagerhalle Reithofferwerk". Die Stadt erwirbt - so im Amtsbericht - von der SDP AG die ehem. Fabriks- und Lagerhalle samt einer östl. vorgelagerten unverbauten Teilfläche im Gesamtausmaß von rund 5000 m². Die Fläche setzt sich aus der bebauten Grundparzelle 297 im Ausmaß von 2116 m², aus dem unbebauten Grundstück 689/2 im Ausmaß von 144 m² und der östlich dem Reifenmagazin vorgelagerten unverbauten Teilfläche der Grundstücke 690/1 und 314 im Gesamtausmaß von ca. 2740 m² zusammen.

Der Kaufpreis für die gesamte Liegenschaft beträgt 10 Mill. S - wie bereits erwähnt. In diesem Betrag sind Grundflächen im Ausmaß von höchstens 5000 m² eingeschlossen. Sollte bei der noch vorzunehmenden Vermessung der Liegenschaft eine größere Fläche als 5000 m² festgestellt werden, ist jeder zusätzliche Quadratmeter mit einem Kaufpreis von 1200 S zu bezahlen. Es wird jedoch bei der Vermessung versucht werden, möglichst exakt die Fläche von 5000 m² abzutrennen.

Der Kaufpreis von 10 Mill. S kann von der Stadt in fünf gleichen Jahresraten zu je 2 Mill. S beglichen werden, wobei der erste Teilbetrag bis längstens 31. 1. 1996 zu entrichten ist. Die restlichen vier Raten sind sodann jeweils zum 31. 1. der Folgejahre zur Überweisung zu bringen, sodaß die gesamte Schuld längstens am 31. 1. 2000 abgestattet sein müßte. Der Kaufpreis bzw. die einzelnen Kaufpreislraten unterliegen der Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986, wobei als Basis zur Berechnung der Wertsteigerung der vom Statistischen Zentralamt in Wien für Juni 1995 verlautbarte Wert herangezogen wird. Dieser Monat wurde deshalb seitens der SDP AG gewählt, da zu dieser Zeit eine Einigung über wesentliche Vertragsbestandteile, wie dem Kaufpreis, zwischen den Vertretern der Stadt und der Gesellschaft erzielt wurde.

Die Kosten der Vertragsrichtung, der Vermessung sowie sämtliche Steuern, Abgaben und Gebühren sind von der Stadt zu tragen. Ausgenommen davon sind die Kosten einer möglichen rechtsfreundlichen Beratung, für die jeder Vertragsteil selbst aufzukommen hat. Voraussetzung für den Abschluß des Kaufvertrages ist jedoch, daß die SDP AG der Stadt das unentgeltliche Geh- und Fahrrecht über das Grundstück 690/1 entlang der zukünftigen nördlichen Grundgrenze des Kaufgegenstandes einräumt, da ansonsten eine Zufahrt zu den geplanten Parkplätzen nicht oder nur schwer möglich sein wird.

Im heurigen Rechnungsjahr ist mit der Unterfertigung des Kaufvertrages zu rechnen, sodaß mit Sicherheit noch die Grunderwerbsteuer zur Vorschreibung gelangen wird. Diese beträgt 3,5 % des Kaufpreises, wobei seitens des Finanzamtes auch die Kosten der Vermessung üblicherweise zum Kaufpreis dazugerechnet werden. Da auch noch Notariatskosten für die Beglaubigung der Unterschriften anfallen werden, wird gebeten, einen Betrag von 370.000 S als Kreditüberschreitung bewilligen zu wollen. Bei Budgeterstellung für das heurige Kalenderjahr wurde ein entsprechender Betrag zum Ankauf dieser Liegenschaft nicht vorgesehen, weil zu diesem Zeitpunkt - das wurde bereits vom Bürgermeister erwähnt - der Ankauf der Liegenschaft nicht absehbar war. Die vereinbarten Kaufpreislraten sowie der Betrag von etwa 100.000 S für die Eintragungsgebühr werden in den Voranschlägen 1996 und Folgejahre berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, folgendem Antrag an den GR die Zustimmung zu geben bzw. ihn in den Beratungen zu behandeln.

23) ÖAG-33/1995 Ankauf der ehemaligen Fabriks- und Lagerhalle Reithofferwerk.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 12. 9. 1995 wird dem Ankauf der ehemaligen Fabriks- und Lagerhalle Reithofferwerk von der Steyr-Daimler-Puch AG zu den im Amtsbericht dargestellten Bedingungen zugestimmt.

Zur Abdeckung der im heurigen Kalenderjahr zu erwartenden Grunderwerbsteuer und der Notariatskosten wird bei der VASSt 5/8460/010150.8 eine Kreditüberschreitung von S 370.000 bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich bitte, darüber zu diskutieren und abzustimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Als erster zu Wort gemeldet ist Koll. StR Holub. Ich erteile es ihm.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Gäste in dieser hohen Versammlung! Mir persönlich war es ja nicht gegönnt, die Ouvertüre zu dem vorangegangenen "Spektakolo" zu erleben - nämlich die Zuerkennung der Dringlichkeit -, weil ich aus beruflichen Gründen noch gar nicht in Steyr war. Es ist offensichtlich einer der Momente, wo man es begrüßt, daß man zum Pendler geworden ist, wenn man sich nicht alles anhören muß!

Die jungen Gäste in unserem GR haben sich freiwillig hierher begeben, ohne Schmerzensgeld dafür zu beziehen, und müssen sich einer Situation aussetzen, die wir uns alle eigentlich ersparen hätten sollen. Ich rede jetzt absolut an die falschen Ohren - Sie sind ja hier geblieben, sonst gäbe es den Beschluß überhaupt nicht. Der Auszug der Freiheitlichen - den würde ich unter einen Arbeitstitel setzen wollen: "Die Macht der Versuchung" oder "Der Eklat öffnet Wege in Medien" - auch dort, wo es gar nichts zu eklatieren gibt!

Ich verstehe nicht die Veranlassungen, daß die Damen und Herren der Freiheitlichen Fraktion nicht mitunterschreiben durften oder nicht wollten oder nicht konnten. Mir fehlt die Information der ersten Stunde. Aber mir fehlt nicht der Eindruck der Gegenwart; und der der Gegenwart ist, daß von allen anerkannt notwendige Maßnahmen offensichtlich aus Eitelkeit und Präpotenz unterbleiben. Ich habe schon öfters meine eigene Fraktion dazu angestiftet, Sitzungen zu verlassen, wenn jemand übermütig war oder wenn Gewalt gebraucht wurde - nämlich dort, wo sie nicht anzuwenden war. Aber in diesem Fall, wo **alle** ja sagen - dann und wann habe sogar ich davon Kenntnis bekommen! In vielen Vorgesprächen war man sich einig, dann zuzuschlagen, wenn sich die Kaufgelegenheit böte. Und nur dann, wenn man beleidigt ist, davonzugehen - das, meine jungen Damen und Herren, genau das war der falsche Einstieg zu einem wichtigen Thema. Genau das wollte ich auch ersparen helfen, als ich seinerzeit im Jugend-GR gesprochen habe über die Notwendigkeit des schnellen Erfolgs. Genau das habe ich gemeint! Genau das schlechte Beispiel, das wir in der Politik Ihnen vorleben, das sollten Sie bitte nicht um jeden Preis nachmachen. Genau so war es gemeint, und genau so ist es gekommen, wie ich es gefürchtet habe: Eine Unbesonnenheit hat zwangsläufig die andere zur Folge! Das ist eine alte Lebensweisheit. Die Regisseure der Aussperrung der einen Partei mögen jetzt darüber nachdenken, ob sie ganz geschickt waren. Wenn man in sich geht, sollte man auch die Möglichkeit haben, aus gemachten Fehlern zu lernen. Ich bezeichne es als demokratischen Fehler - sowohl das nicht Beteiligen an einer gemeinsam konzertierten Aktion als auch das Davonlaufen aus purem "Schabanack". Mehr war es nicht! So waren auch die Stellungnahmen! Ich bin nicht der Lehrmeister

der Nation, aber Geschäftsordnungen dazu zu zitieren, um einen Auszug zu motivieren, halte ich für eine sehr weithergeholte Lösung, die ganz wenig vom Handwerkszeug spricht, die unsere Stadtverfassung und unsere Spielregeln, sprich Geschäftsordnung, uns eigentlich auferlegen.

Zur Sache selbst möchte ich sagen: Jawohl, seit vielen Jahren reden wir davon, daß wir dieses Haus kaufen sollten, wenn wir nur die Möglichkeit hätten. Wir haben uns alle miteinander quer durch alle Fraktionen sehr geärgert darüber, daß die Verhandlungen so verschleppt wurden von einem Grundeigentümer, dem ohnehin das Wasser bis zum Hals steht, der aber noch immer glaubt, daß er in der Stadt Steyr das große Sagen hat. Vielleicht wird er es bald nicht mehr in deutscher Sprache sagen, aber er wird das Sagen haben! Zum anderen, daß eine Gefahr schon darin besteht, daß jetzt wieder unter dem Druck des schnellen Erfolges eine Aufzonzung des Hauses erfolgt, die dann der Zukunft die Nutzung erschwert.

Es möge - Bgm. Leithenmayr sagt das gelegentlich so salopp und nett in seiner wirklich sehr drolligen Art, die er manchmal hat

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

..... es möge der Schweiß der Edelsten vergossen werden, wenn es schwierige Aufgaben zu lösen gibt. Diese Aufzonzung wird sicher sehr schwierig werden - mit den langen, ausgedehnten Flächen und den Etagen, wo man eigentlich einander begegnen und sich nicht stören sollte, wo man einander befruchten soll in der kulturellen Tätigkeit und sich nicht ausschließen soll! Hier, glaube ich, wird die Anforderung an die Planer sein. Und hier wäre es viel wichtiger, daß der Kulturreferent der Stadt Steyr nicht beleidigt ist, weil er gerade einmal nicht gefragt wurde zur "Ehzeit", sondern zur "U-Zeit" - ich weiß nicht, wie Sie das ins Protokoll schreiben - das ist Ihr Problem, nicht meines -

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

..... sondern Kultur wirklich dort zu ermöglichen, wo sie sein kann! Kultur so zu ermöglichen, daß sie Begegnung ist, und Kultur so zu ermöglichen, daß sie bewußte Lebensäußerung ist und nicht provoziertes Konflikt! Das wird die eigentliche Schwierigkeit in diesem Haus sein, und ich wünsche allen, die damit zu tun haben werden, die Reife und die Kraft zur richtigen Entscheidung und den Weitblick, der sich von der kurzsichtigen Panik-Aktion unterscheiden läßt.

Ich meine, daß wir gut beraten sind, dem Dringlichkeitsantrag zuzustimmen - die Dringlichkeit ist wirklich sehr groß. Nicht etwa wegen des einen oder anderen Projektes - hier hat es die Zeit der Bedachtsamkeit -, aber wegen der Einmaligkeit der Verfügbarkeit des Gebäudes! Das ist die wahre Dringlichkeit, und das sollten wir uns auch dabei vor Augen führen.

Noch einmal: Meinen Wunsch, daß Kultur nicht nur Werkzeug zum Eklat und zum Medienspektakel ist, sondern daß Kultur tatsächlich der Inhalt unseres Lebens ist, den möchte ich ganz gerne zum Abschluß dieses Beitrages uns allen mitgeben!

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ist Koll. StR Spanring am Wort.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, liebe junge Freunde, meine Damen und Herren des GR! Es ist nicht ganz einfach, hinter Karl Holub nachzureden, der in seiner bekannten Art und Weise, jahrzehntelang gestellt, Streicheleinheiten, Ohrfeigen, alles auf einmal verpackt, und das ganz elegant durch seine Rede bringt, aber ich werde es ein bißchen versuchen. Schlußendlich bin ich ein wenig dafür verantwortlich - was heißt verantwortlich, eigentlich schuld daran, daß das passiert ist. Aber nicht, weil ich nicht wollte oder weil einige bzw. irgendjemand nicht wollte, daß eine Fraktion nicht mittut, sondern weil ich nicht hauptberuflicher Politiker bin, sondern auch einen anderen Beruf habe. Und zwar in einem Unternehmen, das auch Koll. Holub schon angesprochen hat, das mehr als große Probleme hat. Dies erfordert eben seine Zeit, und ich muß dem einfach auch entspr. nachkommen. Daß das mit den anderen so zusammengetroffen ist, das war das Glück der Zeit, das uns einfach getroffen hat, weil StR Schloßgangl hier im Haus war, und wir uns in dieser Zeit getroffen haben; leider ist das andere eben nicht passiert. Das ist ein Zeitablauf, der passieren kann und der ein bißchen dokumentiert, wie schwierig eigentlich die Arbeitsbedingungen hier in Steyr sind für verantwortliche Politiker, die eben nicht nur Politiker sind, sondern auch andere Aufgaben und Berufe tätigen. Du hast es in Deinen Ausführungen auch genauso gebracht, wo Du eben jetzt als Reisender unterwegs bist und versch. Sachen einfach nicht mitmachen kannst. Hier liegt die Problematik!

Aber zum Thema selbst, zur Dringlichkeit und Notwendigkeit, dieses Haus zu kaufen - was dann letztendlich auch zur Entscheidung gekommen ist. Wenn alle Fraktionen, und vor allem die drei maßgebenden Fraktionen, verhandeln - auch Hr. Dr. Pfeil - mit dem Eigentümer dieses Hauses und Grundes, zu einem Abschluß kommen in den Verhandlungen, und dort etwas ausgemacht wird - vom Preis her, was das kostet -, dann denke ich, daß hier die Vorentscheidungen soweit getroffen und gefällt wurden, daß solche Zirkusse nicht mehr notwendig sind. Die Sache ist einfach viel zu wichtig, um die es hier geht - für alle Belange, die in diesem Haus zum Teil schon in Projekten, in Ideen vorhanden sind und noch in Ideen kommen werden. Hier stimme ich auch StR Holub zu, daß sicherlich der Geist gefragt ist, was ich mit diesen 1800 m² pro Etage dann wirklich - sowohl in der Ebene als auch in der Senkrechte - durchführe und mache.

Ich glaube aber, daß die verantwortlichen Politiker und Fachleute hier in Steyr durchaus soviel "Hirnschmalz" aufbringen, um dieses Haus so zu gestalten und so zu verwenden, wie der Grundgedanke ist. Und auch da ist richtig, was schon seit Jahren hier in diesem Haus gemeint wird: daß der Platz und das Haus selber so zentral in diesem neuen Stadtteilbereich liegen, daß man einfach überhaupt nicht vorbeigehen kann an diesem Haus, sondern daß es zu beschaffen ist und entspr. mit Leben wieder zu füllen ist. Das ist der Sinn und der Grund dieser ganzen Aktion gewesen; und - wie gesagt - es wurde keiner ausgeschlossen, sondern es war ein Schicksal der Zeit, das einfach zugeschlagen hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Koll. Philipps zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertee Präsidium, liebe kulturpolitisch interessierte Jugend! Ich glaube, hier bietet sich die einmalige Chance, einen großen Schritt im Steyrer Kulturleben zu machen. Eine Möglichkeit, ein leidiges Thema, nämlich das Thema der Raumbeschaffung für die Jugendkultur, aus der Welt zu schaffen. Und ich glaube auch - das ist jetzt meine persönl. Meinung -, daß es sehr wichtig ist, daß nicht wirklich die Verwendung eines jeden cm² dieses sehr nutzvollen Gebäudes in einem sog. Nutzungskonzept aufscheint - das ist nämlich sekundär. Zu wichtig ist mir hier in diesem Fall die Lösung der Probleme im Jugendkulturbereich. Wenn - jetzt frage ich Sie - hier nicht die Dringlichkeit vorhanden ist, dann weiß ich nicht mehr, was das Wort Dringlichkeit bedeutet!

Ich hoffe, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß diese Äußerung, "Reithoffer-Ankauf ja, aber nur ohne Jugendkultur", nur ein böses Gerücht ist. Ich glaube, daß der Auszug der F nicht gerade zur Klärung dieses Gerüchtes beiträgt!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht weiters das Wort? Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des GR, liebe jugendliche Besucher! Ich könnte es mir jetzt leicht machen und auch wieder all das wiederholen, was die Vorredner gesagt haben. Ich möchte nur kurz sagen, ich finde den Ankauf der Reithoffergebiete äußerst dringend und notwendig und wichtig, warne aber davor, jetzt schon zu sagen, das gehört hinein, das gehört hinein und das gehört auch hinein. Ich sage das bewußt in Anwesenheit der Jugendlichen, denn ich glaube, auch hier müssen wir noch nachdenken, ob es wirklich die beste Lösung ist, auch die Jugendkultur im Reithoffergebiet anzusiedeln. Ich sage das bewußt in Anwesenheit der Jugendlichen, weil ich einfach auch die Wortmeldungen der Jugendlichen in der letzten Zeit verfolge. Wenn ich z. B. an die Wortmeldungen im Kulturausschuß denke. Dort haben wir noch ganz klar gehört und ganz fest gesagt: "Nur das Stadtgut kann in Frage kommen, nur das Stadtgut! Das ist das Gebiet für die Jugendkultur!" Dann haben wir gesagt: "Reithoffer! Nur mehr das Reithoffer-Areal!" Dann sind die Überlegungen gekommen, ob es dort möglich ist und ob nicht schon Konflikte - von der Lautstärke her etc. - geplant sind.

Ich meine, die ganze Sache muß wirklich gut überlegt sein. Es gehört ein Nutzungskonzept überlegt, und wir dürfen hier in der Verwertung nicht voreilig handeln, sondern müssen einfach noch einmal miteinander reden. Es ist nämlich auch die Meinung der Jugendlichen nicht so klar. Ich habe jetzt viele gefragt, viele gehört, auch mit den Repräsentanten des Kulturträgervereines habe ich gesprochen; man hört dort und da verschiedene Meinungen - auch der Jugend!

Daher würde ich sagen: Ankauf der Reithoffergebäude - ganz klar, notwendig und wichtig, für die Kultur wichtig. Wie wir es jedoch nützen, soll bitte wirklich gut überlegt werden! Es dürfte uns jetzt auch die Geldfrage nicht unbedingt in eine sinnlose Nutzung hineintreiben; sondern planen wir wirklich in Ruhe, mit Verstand und mit Überlegung - im Sinne einer guten Kultur, auch einer guten

Jugendkultur bzw. einer Ermöglichung einer guten Jugendkultur! Ankaufen müssen wir! Und hier verstehe ich die "Spielerei" der F nicht, denn sie werden sicherlich wieder sagen, "wir waren die Treibenden, wir haben es getan"! Letztlich ziehen sie sich immer aus der Verantwortung!

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht dazu noch das Wort? Koll. Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT WALTER STROBL VERLÄSST UM 18.25 UHR DIE SITZUNG.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrte Damen und Herren im GR, liebe Gäste! Irgendwie ist es ein bißchen schade, daß dieser "Sturm im Wasserglas", der sich heute nachmittag angebahnt hat, so verebbt ist und daß die Betreiber und "Bläser" sozusagen jetzt von uns gezogen sind, ohne sich wesentlich an unserer Diskussion zu beteiligen. Das finde ich ein wenig schade; ich hätte mir mehr sportliche Auseinandersetzung gewünscht. Letzten Endes tragen wir jetzt den Uhu oder die Eule nach Rom, obwohl wir alle wissen, daß wir ein gemeinsames Ziel haben!

Ich möchte noch einmal kurz auf dieses Nutzungskonzept zurückkommen, weil es immer wieder zur Sprache kommt. Wir hatten in Steyr einige Projekte, die weitaus größer waren als das Reithofferprojekt; ich erinnere z. B. an das Stadtgut oder an das Kommunalzentrum, das sehr wohl auch ohne Papier oder ohne Nutzungskonzept gegangen ist, weil man einmal aus dem Bauch heraus und dann auch aus dem Kopf an die ganze Sache herangegangen ist und gesagt hat, "das brauchen wir, es ist wichtig, daß wir es haben; über die Diskussion kommen wir sowieso nicht hinweg, und was wir letzten Endes damit machen, wird dann in demokratischen Gremien genauestens festgelegt".

Deshalb habe ich immer dieses Problem, das Hr. Dr. Pfeil hat, nicht! Ich würde ihm wünschen, daß er auch so erfrischend ehrlich ist wie manche seiner Fraktionskollegen oder Landeskollegen!

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Ich bin mir nämlich vollkommen sicher, daß er auch ein Konzept in der Tasche hatte; er ist anscheinend nicht fähig, daß er es herauszieht. Man hört ja auch, daß er als "Ohrenbläser" hier in Steyr unterwegs war und daß in so manche Persönlichkeiten hineingeblasen wurde: Jugendkulturzentrum nein ..., weil ..., Jugendkultur ja, schon, "psst", aber nur ganz leise oder irgendwo am Rande. Das ist passiert; ich bin mir aber sicher, daß jeder von uns Vorstellungen hat, und diese Vorstellungen können wir erörtern, wenn wir beisammen sitzen. Wir können sie nicht

erörtern, wenn best. Teile oder Parteien diese Gespräche einfach mit uns nicht führen wollen!

Ich finde, daß es auch zu einer Art professionellen Politik dazugehört, daß man bei Dingen, die sehr rasch passieren - das ist ja jetzt passiert -, an dieses Problem herantritt und es auch sehr rasch einer Lösung zuführt. Die Förderungsmittel, die wir für diesen Bereich brauchen, müssen wir auch noch unbedingt heuer beantragen. Da können wir uns nicht in Diskussionen "zersprageln", ob wir das jetzt junktimieren, ob die hineindürfen oder nicht, sondern ich glaube, vorerst geht es einmal um diesen Ankauf, obwohl jeder von uns den Gedanken in sich trägt, daß dort Kultur stattfinden soll und daß auch dort Jugendkultur stattfinden soll. Auch wenn es einer Fraktion, wie der F, vielleicht nicht so gefällt. Danke.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Nicht der Fall. Ich möchte den Vorsitz abgeben und mich selbst an der Diskussion beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Es ist eben so, daß bei uns zunächst lange Anlaufzeiten sind, schwierige Verhandlungen geführt werden, unterschiedliche Positionen vertreten werden, und daß im Zuge solcher Vorgangsweisen dann leider auch Praktiken einfließen, die ich eigentlich nicht nachvollziehen und verstehen kann. Ich meine, daß die Geschichte mit dem Reithofferhaus ja allerhand Wendungen genommen hat. Zum einen war für mich schon sehr früh erkennbar, daß dieses Haus - mit dieser Bausubstanz, mit dieser Qualität -, über das vor zehn oder noch mehr Jahren schon ein Streit geführt wurde, ob es stehen bleiben soll oder nicht, daß es natürlich erhalten wird. Es war für mich leichter erkennbar als ehem. Dienstnehmer der SDP AG, daß dieses Haus zu einer Neuwidmung ansteht, weil man diese Flächen nicht mehr benötigen wird. Und für mich war auch absehbar - damals, als ich in die Gemeinde zurückgekehrt bin -, daß die Gemeinde gefordert sein wird, im Hinblick auf zukünftige Widmungen hier auch Position zu beziehen.

Natürlich hätte sich die SDP AG - auch wenn wir nicht ein Interesse bekundet hätten an diesem Haus - an uns gewandt und gesagt: "Wir wollen es neu verwerten. Welche Möglichkeiten gibt es, und was wird die Stadt zahlen, daß wir diese Fassaden wieder renovieren und herrichten?". Es wäre sicher kein kleiner Betrag gewesen, der von der Stadt aufgebracht hätte werden müssen. Und gerade weil eben hier eine Neuverwertung dieses gesamten Gebietes Reithoffer, aber auch der Aigner-Gründe ansteht, ist es doch für eine Stadt, die in die Zukunft schaut, und für den Planungsreferenten notwendig, zu überlegen, was dort geschehen könnte.

Wir haben sehr frühzeitig Gespräche - auch hier im Kreis der Fraktionen - geführt, welche Möglichkeiten wir sehen, und ob es ein allgemeines Interesse am Erwerb dieses Hauses gibt. Dieses

Interesse hat es eigentlich von Anfang an gegeben. Ich war auch beauftragt, zu verhandeln und bin manchmal kritisiert worden - gerade von denen, die heute wieder einmal nicht mehr unter uns sind -, weil das so lange dauert. Es ist immerhin gelungen, den Kaufpreis um ein Drittel zu reduzieren von den Vorstellungen, die ursprünglich genannt wurden; und es war keine einfache Verhandlung, dann auch noch ein Zahlungsverfahren festzulegen, das einigermaßen budgetverträglich ist.

Es ist ohnehin ein "Spagat", diesen Kauf auch noch zu tätigen - aus unserer Finanzsituation heraus. Wir haben lange - auch in der letzten Budgetklausur - über dieses Problem und über dieses Projekt diskutiert.

Es war in Wirklichkeit nicht die Jugendkultur, die am Beginn gestanden ist oder die uns beflügelt hat, dieses Haus zu kaufen. Eigentlich war es eher dieser heutige Verein IndustrieForum - damals ganz am Beginn, das hat sich auch weiter entwickelt - mit der Absicht, ein Oldtimer-Museum zu errichten. Zur Rettung dieses Kulturgutes, nämlich der Autos, die hier in Steyr erzeugt wurden, die Weltruf erlangt haben und die sich in einem zum Teil bedauernswerten Zustand befinden. Auch hier haben wir eine Kulturinitiative gesetzt und die SDP aufgefordert, diese Exponate für die Nachwelt zu retten; wir tragen auch hier einen erheblichen Beitrag mit 2,5 Mill. S dazu bei. Wir wußten, daß wir im Jahr 1998 - als die Landesausstellung hier ins Gespräch gekommen ist - auch eine attraktive Ausstellung brauchen und daß die Oldtimer in dieses Konzept hineinpassen. Das hat dazu geführt bzw. diese zwei Dinge haben dazu geführt - weil ja auch ein Dach notwendig ist, und weil wir das brauchen werden, um diese Ausstellung zu machen -, daß es in erster Linie in Richtung dieses Reithofhauses und einer Sicherung dieser Räumlichkeiten gegangen ist.

Dann haben die Gespräche zum bekannten Erfolg geführt. Und eigentlich sehr spät ist dieser Kauf in die Nähe gerückt - nach den Demonstrationen unserer Jugendlichen, auch nach Beschlüssen und Intentionen des Jugend-GR im Hinblick auf ein Jugendkulturhaus, wo wir in Ermangelung eines anderen Objektes eigentl. schon gesagt haben, daß es das Stadtgut sein könnte, wenn es gewünscht wird.

Dort ist aber interessanterweise dann eine Etage gewesen, die eigentlich - wenn man an das Raumerfordernis denkt, das damals von den jungen Leuten vorgelegt wurde mit dieser Unterschriftenaktion - gegenwärtig nahezu kongruent ist mit dem, was die Jugendlichen gefordert haben.

Natürlich ist richtig, was heute mehrfach gesagt wurde: Es müssen nicht immer "Schnellschüsse" gemacht werden. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß wir unsere schwachen finanziellen Kräfte schon bündeln müssen, um möglichst Zielsetzungen zu erreichen und eine Reihe von kulturellen Initiativen vielleicht dort zu ergreifen. Es wird ohnehin nicht auf einmal gehen - in keinem Bereich, weil wir uns das gar nicht leisten können werden. Aber die richtigen Schritte zu setzen, nämlich in die richtige Richtung und zum richtigen Zeitpunkt, das ist schon eine Aufgabenstellung, der wir uns unterziehen müssen und die Lösungen bringen muß!

Ich möchte sagen, für mich ist nicht nur "IndustrieForum" denkbar, ich bekenne mich auch zur Jugendkultur dort. Man kann unterschiedl. Meinung sein; wir werden das wirklich beraten und diskutieren müssen. Ich persönlich bekenne mich zur Jugendkultur, weil ich glaube, daß hier unterschiedl. kulturelle Entfaltungen durchaus nebeneinander möglich sein müssen!

Ich denke aber auch noch - das habe ich immer gedacht bei dem Kauf dieses Hauses und bei der Bemühung, es zu erwerben -, daß ein seit zehn Jahren ungelöstes Problem einer Lösung zugeführt werden könnte. Nämlich die Musikschule Steyr, die aus den Nähten platzt; wo die Unterrichtenden und die Schüler oft verzweifelt sind und auch oftmals zur Stadt gekommen sind - schon zu meinen Vorgängern. Das werden auch die anderen Mitglieder des StS und des GR berichten können. Also auch dieses Problem harret einer Lösung, und wir würden hier mit diesem Haus eine Chance für die Problemlösung vorfinden. Natürlich ist in diesem Fall auch die Zustimmung des Landes erforderlich, weil es ja eine Landesmusikschule ist und weil zumind. zwei Drittel der Kosten vom Land

gemeinsam mit dem Bund aufgebracht werden müssen. Etwa ein Drittel müssen auch wir berappen, aber ich würde dieses Problem als gelöst sehen. Dort gibt es immerhin einen Raumbedarf von rd. 1200 m²!

Ich würde auch die Chance sehen, daß man den Proberaum unserer Stadtkapelle in dieses Haus verlagern und dort qualitätsvolle Möglichkeiten für diese Proben schaffen könnte. Dadurch würde im Schloß ein stimmungsvoller Raum für andere Gelegenheiten frei werden. Auch das sollte mitüberlegt werden.

Diese Dinge stehen eigentlich unmittelbar zur Lösung an. Andere wird es auch noch geben, aber die werden seit Jahren hier diskutiert, auch verlangt, und wir können diese Chance eben wirklich auch finden!

Meine Damen und Herren, ich mache jedes Jahr Urlaub am Klopeinensee. Und dort treffe ich immer wieder - jetzt schon das dritte Jahr - mit der Managerin der Wr. Stadthalle zusammen. Sie ist eine Frau in mittleren Jahren, der nichts Menschliches fremd ist,

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

..... und sie erzählt mir, wie sich das Leben so abspielt in der Wr. Stadthalle und daß dort zwanzig Veranstaltungen unterschiedlichster Natur und Ausprägung am Tag überhaupt keine Besonderheit darstellen. Sie muß das an und für sich ohne größere Probleme natürlich organisieren. Ich sehe daher - wenn die Beteiligten das wollen -, daß man, wenn hier eine gew. Koordination und Abstimmung stattfindet, in unterschiedlichen Räumen natürlich, so etwas auch bei uns in Steyr praktizieren können müßte. Ich glaube auch - das sage ich wirklich mit innerer Überzeugung -, daß hier durchaus - wie Koll. Holub das gesagt hat - Berührung versch. handelnder Personen in unterschiedl. Kulturbereichen befruchtend sein könnte. Es ist eigentlich wünschenswert, daß sich die Menschen verschiedener Generationen, mit verschiedenen Intentionen, in unterschiedl. kulturellen Bereichen tätig, dort begegnen im wahrsten Sinn des Wortes. Das wäre doch für die Stadt, für unsere Bevölkerung wirklich wünschenswert! Ich meine, daß die Diskussion unter diesem Aspekt und auch noch unter anderen, die mir momentan vielleicht nicht alle geläufig sind, geführt werden sollte - sachlich und konstruktiv, auch mit den Beteiligten. Und dann ist meiner Meinung nach wirklich hier eine Chance für uns alle gegeben, einen großen Schritt, auch in der Kulturpolitik unserer Stadt, zu machen - wie das heute schon gesagt wurde.

In diesem Sinne bitte ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER VERLÄSST UM 18.40 UHR DIE SITZUNG.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Liegt dazu noch eine Wortmeldung vor? Hr. StR Holub bitte.

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz.

Jetzt habe ich zu "drollig" wieder nichts gesagt!

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Weil der Bürgermeister feststellt, daß er zu dem Wort "drollig" nichts gesagt hat: Man kann drollig durchaus als liebenswürdig erklären!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke!

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Ist das damit aufgeklärt?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also hast Du das mit "d" gesagt und nicht mit "t"!

STADTRAT KARL HOLUB:

"Trollig" - das hat der Mann zu Deiner Linken gemacht: Er hat sich getrollt!

Gelächter

STADTRAT KARL HOLUB:

Der Grund meiner Wortmeldung ist die Erfahrung, die ich mit Schnelligkeit von Bautätigkeiten im Rahmen der Stadt gehabt habe, und die Effektivität derselben. Wir sollen uns, wenn wir dieses JA sagen, nicht dazu verleiten lassen, daß die knappen Mittel zum "Verzaudern" von Maßnahmen als Vorwand dienen. Wir sollen uns nicht dazu verleiten lassen, daß die knappen Mittel zur Gedankenlosigkeit veranlassen. Wir sollen uns nicht dazu verleiten lassen, daß wir aus den knappen Mitteln die Rechtfertigung für Zaghaftheit suchen. Wir sollen uns nicht dazu verleiten lassen, daß wir "Überlegen von Situationen" mit "Auf die lange Bank schieben" verwechseln. Und wir sollen uns nicht dazu verleiten lassen, daß wir "Situationen besprechen" verwechseln mit "Lagen zerreden"!

Das wäre mein Wunsch dazu, und ich bitte wirklich alle Beteiligten, die sich dann den Kopf darüber zerbrechen müssen, das Tempo der Vorhaben, des Vordenkens etwas mehr zu steigern. Ich wollte, daß z. B. im Bereich Altenheim ein schnellerer Vorgang möglich gewesen wäre. Vielleicht geht es dann, wenn es um mehrere Generationen geht, schneller; vielleicht geht es dann, wenn es um mehrere Generationen geht, fruchtbarer; vielleicht geht es dann, wenn es um mehrere Generationen geht, zufriedenstellender!

Das wäre der Wunsch an dieses große Projekt, das hier vor uns liegt. Das Miteinander der Generationen und der Kulturrichtungen sollte auch von einem Miteinander der polit. Kräfte begleitet sein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Meine Damen und Herren, gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Nicht der Fall. Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren, ich werde mich kurz halten, aber ein paar Sätze möchte ich dazu schon noch sagen. Es ist wirklich bedauerlich, daß wir für die Jugend, die sich erwartet, daß ihr hier sozusagen eine Möglichkeit geboten wird, auf diese Art einen Antrag beschließen müssen und daß nur mehr ein Teil des GR anwesend ist. Wobei die Jugend mit Sicherheit ein Anrecht darauf hat, von **allen** Beteiligten im GR unterstützt zu werden.

Ich bin froh darüber, daß Einhelligkeit vorherrscht über diesen Antrag und daß die hier Anwesenden - darum bitte ich jedenfalls noch einmal - diesen Beschluß jetzt einstimmig durchführen.

Ich danke für die konstruktiven Wortmeldungen in diesem Zusammenhang und bin froh darüber, daß die anwesenden Jugendlichen - für die es eigentl. vordergründig einmal darum geht, hier etwas zu erfahren - auch sehen können, daß zumind. die Anwesenden diesen Beschluß einstimmig fassen werden. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Ankauf des Reithofferhauses zu den

genannten Bedingungen.

Wer dafür ist, den darf ich bitten, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Daher ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

Ich bedanke mich herzlich.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Tagesordnung ist somit erschöpft. Zur Aktuellen Stunde darf ich fragen, ob es von seiten der SPÖ-Fraktion ein Thema gibt. Nicht der Fall. ÖVP-Fraktion? Kein Thema. Hat die GAL-Fraktion ein Thema für die Aktuelle Stunde? Auch nicht der Fall.

Aus diesem Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich die GR-Sitzung schließen und Ihnen mitteilen, daß wir heute Kenntnisnahmen von Beschlüssen getätigt und Verhandlungsgegenstände beschlossen haben im Ausmaß von S 25,702.300,-- plus 10 Mill. S für das Reithofferhaus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist die heutige Sitzung geschlossen. Ich danke Ihnen für die Mitwirkung.

ENDE DER SITZUNG: 18.51 UHR